

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 34. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

---

Sitzungsdatum: 14. Dezember 2011  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.35 Uhr

---

#### Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Cedric Roos, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Christoph Morat  
Franziska Pausa  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin  
Nic Proschek, Rechtsdienst

#### Gäste:

Entschuldigt: Rahel Balsiger, Lukas Brügger (ab 21.25 Uhr), Kurt Kneier,  
Thomas Möller, Semra Wagner-Sakar

#### Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24  
21.25 Uhr 35 Anwesende = 24

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 28.09.2011 und der  
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 11.11.2011  
zur **Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der  
Spezialfinanzierungen über die Jahre 2012 – 2016**  
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli

Geschäft 4020 / A

2. Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2011 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 11.11.2011 zum **Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2012** Geschäft 4019 / A
- 2.1.0 EINTRETENSDEBATTE
- 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 23.11.201 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 29.11.2011 zu den **Budgetpostulaten** Geschäft 4019B / C
- 2.1.2 Budgetpostulat Semra Wagner-Sakar, SP/EVP-Fraktion, betreffend Gesundheit (Pro Juventute Elternbrief), Pos. 440.319.01 (neu) Geschäft 4019B.2
- 2.1.3 Budgetpostulat Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend Stromtankstelle speziell für alle Elektrofahräder, Pos. (neu) Geschäft 4019B.3
- 2.1.4 Budgetpostulat Nedim Ulusoy / Julia Gosteli, Grüne Allschwil, betreffend Senkung des Energieverbrauchs, betrifft verschiedene Konti Geschäft 4019B.4
- 2.1.5 Budgetpostulat Nedim Ulusoy / Julia Gosteli, Grüne Allschwil, betreffend 869-366.01 Energiesparmassnahmen Private Haushalte Geschäft 4019B.5
- 2.1.6 Budgetpostulat Julia Gosteli / Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, betreffend 359-314.04 Baulicher Unterhalt öffentlicher Spielplätze Geschäft 4019B.6
- 2.1.7 Budgetpostulat Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion, betreffend 6 Kultur, Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen: 300-364.00; Thema: Theatersubventionen Geschäft 4019B.7
- 2.1.8 Budgetpostulat Julia Gosteli / Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, betreffend 011-311.01 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge Einwohnerrat Geschäft 4019B.8
- 2.1.9 Budgetpostulat Stephan Wolf / Jérôme Mollat, FIREKO, betreffend Pos. 301.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, im besonderen Zusammenhang mit Mehraufwand für neu zu schaffende Stellen Geschäft 4019B.9
- 2.1.10 Budgetpostulat Stephan Wolf / Jérôme Mollat, FIREKO, betreffend Post. 301.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Geschäft 4019B.10
- 2.1.11 Budgetpostulat Pascale Uccella, SVP-Fraktion, betreffend Personalaufwand Erhöhung um 1,16 Mio. Franken Pos. 020-301 Geschäft 4019B.11
- 2.1.12 Budgetpostulat Pascale Uccella, SVP-Fraktion, betreffend Finanzausgleich Gemeinden 921-362 Geschäft 4019B.12
- 2.1.13 Budgetpostulat Markus Gruber/Jérôme Mollat/Rahel Balsiger/Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion, betreffend „KG Einzugsgebiet Dorf (Planung)“ Geschäft 4019B.13
- 2.1.14 Budgetpostulat Markus Gruber/Jérôme Mollat/Rahel Balsiger/Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion, betreffend „Fussweg Jugendfreizeithaus-Grabenring“ Geschäft 4019B.14
- 2.2. DETAILBERATUNG
- 2.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 2.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern 2012

2.2.3 Budgetpostulat Josua M. Studer / Susanne Studer, SD, fraktionslos,  
betreffend 9 Finanzen und Steuern, 900 Steuern Natürliche Personen  
Konto 900-40 Steuereinnahmen  
Unterkonto 900.400.00 Einkommens- und Vermögenssteuern  
Geschäft 4019B.1

2.2.4 Festsetzung der Feuerwehersatzabgabe 2012

\* Bericht des Gemeinderates vom 23.11.2011, betreffend

**Restaurant und Ökonomiegebäude Mühle**

**Liegenschaften Mühlebachweg 41 und 43, Allschwil**

Geschäft 3981

**Beantwortung „Postulat Aufwertung des Mühlestalls als Ausstellungslokal“**

Geschäft 3970A

**Beantwortung „Interpellation betreffend Mühle Allschwil**

Geschäft 4013A

**Petition „Wir fordern den Erhalt der Mühle im Gemeindebesitz und**

**die Weiterführung des Restaurationsbetriebes sowie**

**der kulturellen Aktivitäten im Mühlestall“**

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat

3. Interpellation von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2011,  
betreffend **finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde Allschwil bzgl.**  
**Bedarfsberechnung Entwicklung Pflegekosten 2012 – 2015**

Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier

Geschäft 4025 / A

4. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend  
**Nennung der Interessenbindungen von Einwohnerratsmitgliedern**

Antrag des Büros: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: Büro ER

Geschäft 4011

5. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend

**Wegweiser zu den Partnerstädten**

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber

Geschäft 4012

6. Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, vom 22.06.2011,  
betreffend **Solarkataster für die Gemeinde Allschwil**

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat

Geschäft 4015

7. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 18.07.2011, betreffend  
**Bildung einer Spezialkommission Verkehr**

Antrag des Büros: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: Büro ER

Geschäft 4018

**Nach der Pause:**

\* VORMERK UND HINWEIS AUF TRAKTANDUM 3  
- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

---

**Für das Protokoll:**

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

---

## **Einwohnerratsprotokoll Nr. 34 vom 14. Und 15. Dezember 2011**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Cedric Roos

---

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Cedric Roos**, Präsident: Guten Abend, ich begrüsse Sie ganz herzlich zur Einwohnerratssitzung.

### **[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]**

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zu den Mitteilungen des Präsidenten. Ich muss Ihnen mitteilen, dass kürzlich Samuel Champion, SD Einwohnerrat, verstorben ist. Ich bitte um einen kurzen Moment Ruhe.

Ich darf auch erfreulichere Nachrichten überbringen. Gemeinderat Thomas Pfaff wird per 1.1.2012 als Landrat nachrücken für die zurückgetretene Bea Fuchs, ehemalige Landratspräsidentin. Ich wünsche ihm viel Erfolg und Befriedigung. Ich darf Ihnen mitteilen, dass der ehemalige Gemeinderat Heinz Giger an das Bezirksgericht Arlesheim in der Kammer 3 gewählt wurde. Ihm wünsche ich in Absentia auch alles Gute und viel Spass. Seine Einstandssitzung hatte er bereits am 23. November.

Wir kommen zu den neuen Vorstössen, die eingereicht wurden. Wir haben eine kleine Anfrage von Juliana Weber Killer, welche die Dringlichkeit zurückgezogen hat. Möchten Sie Stellung nehmen? Nein, das ist nicht der Fall. Weiter wurde ein Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, eingereicht, betreffend Einbindung des jüngsten Ratsmitglied beim Legislaturbeginn. Möchten Sie dazu etwas erklären? Das ist auch nicht der Fall.

Wir kommen zur Traktandenliste. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig verschickt wurde. Es wurde ein Antrag des Gemeinderates gestellt, dass Traktandum 3, Mühle, dazwischen geschoben wird. Das wurde so traktandiert. Es ging ein Änderungsantrag ein, dass dieses Traktandum auf morgen verschoben werden soll, nach der Budgetdebatte. Möchte sich im Rat jemand dazu äussern?

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich habe diesen Antrag eingereicht. Ich bin der Meinung, dass es nicht sein kann, dass wir wegen einer Person eine ganze Traktandenliste verschieben müssen bei einer Budgetdebatte und wir das Budget auseinander nehmen müssen. Ich sehe den Sinn dahinter nicht. Es macht Sinn, dass wir das Budget in einmal durcharbeiten, und wenn dies abgeschlossen ist, dann kann man mit den nächsten Traktanden weiterfahren.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Der Gemeinderat war in der vergangenen Zeit zu diesem Geschäft sehr aktiv. Wir haben es geschafft, dass heute Abend einer der potentiellen Käufer hier sein wird. Er kommt extra aus seinem Heimatort und ist sehr interessiert daran. Darum möchten wir, dass diese Diskussion heute stattfinden kann, damit er nicht umsonst hierher gekommen ist. Es ist wegen einer Person, aber ich glaube, es ist nicht ganz unwichtig, dass wir diese Diskussion heute führen können. Ich bitte Sie, an der Traktandenliste, so wie sie mit dem Büro und dem Gemeinderat besprochen wurde, festzuhalten.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich kann Herrn Zimmermann und der SVP-Fraktion nur zustimmen. Es kommt um einen Tag nicht drauf an. Man sollte eine Budgetdebatte am Stück durchführen. Wir wissen auch nicht, wie morgen die Zusammensetzung des Einwohnerrates ist. Es gibt ein türkisches Sprichwort, das sagt: Willst du ein fernes Ziel erreichen, so reite langsam. Wir haben vor einem Jahr dem Gemeinderat den Auftrag gegeben, dass er eruieren soll, was man mit der Mühle machen kann. Er hatte ein Jahr Zeit. Vorgesehen war die Behandlung im November, wie man aus den Unterlagen entnehmen kann. Wir haben keine Erklärung erhalten, wieso es Dezember wird. Jetzt haben wir Dezember und wir können es auch um einen Tag verschieben. Der Herr, der heute hierhin kommt, wird heute Abend nicht zurückfahren, sondern hier übernachten, und so können wir das morgen traktandieren.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Das Dümme, das passieren kann, ist, dass wir ein Traktandum unterbrechen müssten. Wenn wir die Traktandenliste so machen, wie sie uns zugestellt wurde, und nach 20.00 Uhr merken, dass die Mühle dran kommt, dann sollten wir gar nicht mehr damit anfangen. Ich stelle den Antrag, dass wir die Traktandenliste so durchführen, wie sie uns zugestellt wurde. Das Traktandum 3, Mühle, ist ein emotionales Thema und braucht Zeit. Da muss der Gemeinderat ein paar Mal Tränen putzen bei uns oder umgekehrt. Ich stelle den Antrag, ähnlich wie von eurer Seite, machen wir die Traktandenliste so, und auf keinen Fall sollte das Traktandum Mühle in Zeitdruck kommen. Nach 20.00 Uhr fangen wir nicht mehr damit an. Zeit füllen, das können wir auf jeden Fall mit dem Rest der Geschäfte, die vorliegen. Dann haben wir morgen einen Mühle-Abend, ich hoffe, keinen gemahlenen.

**Kathrin Gürtler**, FDP/GLP-Fraktion: Wir unterstützen den Antrag auf Änderung der Traktandenliste. Bei der Mühle geht es um ein Geschäft, wo wichtige Grundsatzentscheidungen zu fällen sind. Dafür brauchen wir Zeit, und ich kann es nicht nachvollziehen, weshalb man dies in einem Gehetz heute Abend machen soll.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Abstimmung.

**://:**

Das Traktandum 3, Mühle, wird definitiv auf morgen verschoben mit 26 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Es gab einen weiteren Antrag zur Traktandenbereinigung. Das betrifft die Fragestunde, die in diesem Quartal noch nicht durchgeführt wurde. Eingereicht wurde dieser Antrag von Josua M. Studer.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich habe den Antrag auf Traktandenlistenänderung formal eingereicht. Es gab schon einige Male die Diskussion hier drin wegen der Fragestunde. Wir haben uns dazu durchgerungen, dass im Reglement nicht steht, dass es dann und dann stattfindet, sondern dass in einem Vierteljahr mindestens eine stattfindet. Das ist nun nicht der Fall, deshalb empfehle ich dem Büro, dass sie dies das nächste Mal erklären, weshalb dies nicht stattfindet.

**Cedric Roos**, Präsident: Wir stimmen darüber ab, ob wir dies nachträglich traktandieren. Ich schlage vor, dass wir dies ebenfalls morgen erledigen, damit die Möglichkeit besteht, Fragen einzureichen.

**://:**

Dem Antrag wird mit 23 zu 11 Stimmen mit 3 Enthaltungen zugestimmt. Die Fragestunde wird morgen nach der Pause traktandiert.

Gibt es weitere Änderungsanträge der Traktandenliste?

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Es ist kein Änderungsantrag im eigentlichen Sinn. Ich möchte klarstellen, dass die Traktanden 2.1.9 und 2.1.10 keine Budgetpostulate von Jérôme Mollat und von mir sind,

---

sondern von der Fireko. Jérôme und ich haben diese Budgetpostulate für die Fireko unterzeichnet. Das sollte man zuhanden des Protokolls präzisieren und berichtigen.

**Cedric Roos**, Präsident: Wenn es keine weiteren Änderungsanträge gibt, dann ist diese nun mit den beschlossenen Anträgen genehmigt.

617 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 28.09.2011 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 11.11.2011 zur Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2012 – 2016  
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 4020 / A

---

**Nicole Nüssli**, Gemeinderätin: Sie haben alle rechtzeitig zur heutigen Einwohnerratssitzung den Finanzplan 2012 bis 2016, Budget 2012, erhalten. Bevor ich Sie in die interessante Diskussion entlasse, darf ich ein paar Worte an Sie richten, was ich sehr gerne mache. Zum Finanzplan 2012 – 2016. Wir haben nach der letzten Sitzung vor einem Jahr die Traktandenliste geändert, sodass wir zuerst den Finanzplan behandeln und danach erst das Budget, damit Sie zuerst einen groben Überblick erhalten. Die Ausgangslage und die Annahmen waren in etwa so wie in den letzten Jahren. Bei den Investitionen haben wir die Priorisierung vorgenommen wie in den letzten Jahren. Die Basis für die Fortschreibung der laufenden Rechnung für den vorliegenden Finanzplan bildet das Budget 2012, insbesondere der Steuerfuss bei den natürlichen Personen von 58%. Die übrigen Angaben sehen Sie auf dieser Folie. Wichtig ist, dass wir beim Personalaufwand den Stufenanstieg vorgenommen und budgetiert haben von 1,25%. Bei den Korrekturen ist es so, dass wir das Budget 2011 auch noch berücksichtigen mussten. Dort haben wir eine Hochrechnung gemacht. Wir haben keine vollständige Korrektur vom Budget 2011 gemacht, aber wir haben gewisse Vorkorrekturen vorgenommen. Wir haben den effektiven horizontalen Finanzausgleich berücksichtigt und wir haben bei den Steuererträgen 2011 die gemäss der Prognose vom BAG genommen. Wir haben die BAG-Prognose vom Juni/Juli genommen. Ich habe heute gelesen, dass die BAG-Prognosen von November/Dezember da sind. Da gibt es nur noch 0,4% Zuwachs, damals waren die noch höher. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Steuererträge. Bei den Steuererträgen der juristischen Personen 2011 sind wir vom aktuellen Veranlagungsstandes ausgegangen. Dann haben wir jetzt berücksichtigt, dass wir jetzt endlich vom Kanton dieses Geld erhalten haben für die Abtretung der Sekundarschulbauten, insgesamt CHF 5'380'000. Dann kamen wir zu einem Ergebnis von einem Ertragsüberschuss von CHF 3'700'000 beim Jahr 2011. Budgetiert war ursprünglich CHF 3'500'000. Wir haben weitere Korrekturen vorgenommen in der Planperiode 2012 – 2016. Wichtig ist, dass wir zwei zusätzliche Kindergärten im 2013 geplant haben und je ein zusätzlicher Kindergarten im 2014 bis 2016. In der ganzen Planperiode gehen wir davon aus, dass wir fünf zusätzliche Kindergärten brauchen werden, dies aufgrund der Berechnungen, die wir machen liessen über Wüst & Partner über die Zunahme der Schülerzahlen in Allschwil. Wenn wir keine zusätzlichen Kindergärten berücksichtigen würden, dann hätten wir bereits im Schuljahr 2013/2014 rund 40 Plätze zu wenig aufgrund der Kinder, die heute auf der Welt sind und dereinst in den Kindergarten eintreten. Die zunehmenden Kindergartenzahlen haben eine Auswirkung auf die Primarschulklassen. Es gibt eine zusätzliche Primarschulklasse im Jahr 2014 – 2016. Dies hat letztendlich nicht nur auf die Investitionslage eine Auswirkung, sondern auch auf die Personalkosten. Gerade im Primarschulbereich werden mit zusätzlichen Klassen die Lehrerlöhne steigen. Die Löhne werden insgesamt steigen. Die Ausfinanzierung der basellandschaftlichen Pensionskasse ist ein anderer Punkt. Dieses Thema haben Sie sicher auch schon gehört und mit verfolgt. Ab dem Jahr 2014 haben wir dafür jährlich CHF 450'000 berücksichtigt. Dann haben wir HRM2 bereits abgebildet, im 2014 für das bestehende und das neue Verwaltungsvermögen, und ab 2015 haben wir die Auflösung der Vorfinanzierung gemäss HRM2 abgebildet. Wie entwickelt sich der Aufwand in diesen Jahren? Sie sehen dies hier schematisch aufgrund der Säulen. Im 2010 stellt das hier die Rechnung dar, 2011 und 2012 ist Budget und danach sind es die eigentlichen Planjahre. Wir rechnen damit, dass es eine stetige Zunahme geben wird, keine wesentliche, aber es gibt eine leichte Zunahme zu verzeichnen in allen Bereichen.

---

Ein Wort zur Selbstfinanzierung. Die Selbstfinanzierung ist ein grosser Gradmesser bei uns. Wenn diese unter 100% liegt, dann nehmen die Schulden zu. In allen Planjahren, 2012 – 2016, steigt es nie mehr auf die 100% an, sondern es liegt im Schnitt bei rund 28%. Das führt zu einer zusätzlichen Verschuldung. Das wird wieder Auswirkungen haben auf neue Investitionen. Dazu darf ich in Erinnerung rufen, dass wir Vorfinanzierungen gebildet haben in den guten Geschäftsjahren in der Höhe von rund CHF 18'000'000. Wir haben zusätzliche Abschreibungen von CHF 10'000'000 und wir gehen davon aus, dass wir Mehrerträge haben werden. Es wird sicher möglich sein, neue Investitionen zu tätigen, aber es wird nicht ganz so einfach sein. Hier sehen Sie das Zusammenspiel der Nettoinvestitionen, der gelbe Pfeil, und von der Selbstfinanzierung, der violette Pfeil. Wenn die Nettoinvestitionen höher sind als die Selbstfinanzierung, dann ist das klar eine Zunahme der Schulden. Die Fremdverschuldung wird klar und massiv zunehmen im 2014 und 2015. Die Selbstfinanzierung liegt in der gesamten Planperiode CHF 60'000'000 unter den Nettoinvestitionen. Wenn die geplanten Investitionen getätigt werden können, dann steigen die Schulden von 2012 bis 2016 um diesen Betrag, also die CHF 60'000'000. Es ist klar, dass das Eigenkapital aufgrund der Defizite massiv abnehmen wird. Wenn wir diese Schulden nicht auflaufen lassen wollen, dann ist klar, dass wir das eine oder andere verkaufen müssen. Die Nettoschuld wird zunehmen bis ins Jahr 2016, es wird CHF 3'500 pro Einwohner übersteigen. Wir haben uns als Zielvorgabe gegeben, dass die Nettoschuld pro Einwohner nicht höher als CHF 1'750 sein darf, das werden wir bereits im 2014, also in zwei Jahren, erreicht haben, und es wird weiter ansteigen in den nächsten Jahren.

Noch ein paar Ausführungen zu den Spezialfinanzierungen. Sie sehen die Wasserversorgung, Sie sehen, dass das Eigenkapital zunehmen wird, das war auch das geplante Ziel des Gemeinderates. Durch die Senkung der Durchleitungspreise erfährt die Wasserversorgung eine wesentliche Entlastung. Eine Gebührenerhöhung ist aus heutiger Sicht während der Planperiode nicht mehr erforderlich, wie es ursprünglich geplant war, um das Eigenkapital aufzubauen.

Bei der Abwasserbeseitigung haben wir ein anderes Bild. Hier gehen wir davon aus, dass wir im 2012 eine Gebührensenkung realisieren können, so ist es budgetiert. Wir werden von CHF 1.45 pro Qubikmeter auf CHF 1.25 pro Qubikmeter Gebühren senken. Die Abwasserbeseitigung verfügt über eine geringe Selbstfinanzierung. Das hohe Eigenkapital wird durch die Mehraufwände, welche durch die Abschreibungen verursacht werden, kontinuierlich abgebaut. Auch das war das Ziel des Gemeinderates. Das Eigenkapital entspricht jeweils beiden Balken, nämlich das Nettovermögen zusammen mit dem Verwaltungsvermögen.

Bei der Abfallbeseitigung haben wir ein ähnliches Bild. Da weist es während der ganzen Planperiode einen Aufwandsüberschuss aus, das Verwaltungsvermögen bleibt stabil. Dadurch wird das Nettovermögen respektive das Eigenkapital kontinuierlich bis auf die Hälfte gesenkt. Sie sehen, dass im Jahr 2010 fast das Doppelte an Eigenkapital da ist als im Jahr 2016. Auch das war das geplante Ziel des Gemeinderates bei der Abfallbeseitigung.

Zur Zielerreichung, die in der ganzen Planperiode der Messstab für den Gemeinderat ist. Es hat leider mehrheitlich Smilies, die traurig schauen, also mit anderen Worten, grossmehrheitlich konnten wir unsere Ziele nicht erreichen. Das Eigenkapital konnten wir bis ins Jahr 2014 aufbauen auf die CHF 6'000'000. Den Steuerfuss konnten wir auch beibehalten, die 58%. Die Nettoverschuldung habe ich bereits gezeigt, diese wird ab 2014 weiter zunehmen und die Zielgrösse von CHF 1'750 wird in den nächsten Jahren überstiegen werden.

Wir haben eine Immobilienstrategie entwickelt für das Finanzvermögen. Da sind wir auf der Zielgeraden. Wir suchen auch immer noch nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten. Das haben wir hier drin auch bereits gezeigt, dies war auch ein Thema beim Bau von unserem neuen Schulhaus.

Zu den Fakten. Die verbesserte Finanzlage wird durch die hohen Beiträge an die Pflegefinanzierung beeinträchtigt. Wer werden nachher beim Budget 2012 dies nochmals klarer zeigen. Die Pflegefinanzierung wird leider wesentlich zunehmen und ein grosses Loch in unsere Kasse reissen. Die bevorstehenden Investitionen können nur teilweise mit operativ erwirtschafteten Mitteln finanziert werden. Der starke Schweizerfranken und die drohende Rezession schaffen zusätzliche Unsicherheiten, das weiss jeder Private, und das ist leider für die Gemeinde nicht anders. Die BAG-Prognose vom Juni/Juli, auf die wir uns abgestellt haben, waren wesentlich höher als jetzt. Dann haben wir weitere Unsicherheitsfaktoren. Wir haben ausserordentlich grosse Investitionsvorhaben vor uns. Das Schulhaus wird wesentlich viel Geld kosten. Wir rechnen immer noch mit den rund CHF 50'000'000. Das sind nicht die einzigen geplanten Investitionen, es gibt auch noch die Kindergärten. Beim Finanzausgleichsgesetz ist es auch unsicher, in welche Richtung es effektiv geht. Weiter wird die Rezession Auswirkungen haben auf die Sozialausgaben und letztendlich wieder auf die Steuererträge. Bei der basellandschaftlichen Pensionskasse wissen wir auch noch nicht definitiv, ob es dann wirklich CHF 450'000 pro Jahr sind oder mehr. Das Entlastungspaket liegt beim Landrat, das wird glaub morgen traktandiert. Was dort herauskommt, wissen wir auch noch nicht. Das hängt von den Beschlüssen ab und von den Auswirkungen, von denen wir im Prinzip noch keine grosse Ahnung haben. Die Bevölkerungszahl wird – damit rechnen wir zumindest – zunehmen. Wir wissen aber nicht genau, in welche Richtung es gehen

---

wird und wie schnell diese Zunahme gehen wird. Mit diesen Unsicherheitsfaktoren möchte ich Sie nun in die Diskussion entlassen und ich bitte Sie den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen.

**Hans-Peter Tschui**, Fireko-Präsident: Die Fireko hat versucht, ihre Einschätzungen und Beurteilungen zu diesem Finanzplan einfach und nachvollziehbar in ihrem Bericht darzustellen. Ich nehme an, dass es verstanden wurde. Trotzdem nehme ich die Gelegenheit gerne wahr, den Finanzplan kurz zu kommentieren. Der Finanzplan ist für uns ein symbolischer Feldstecher, mit dem wir uns einen Eindruck über die zukünftige Entwicklung unserer Gemeindefinanzen verschaffen wollen. Aus der Feineinstellung aus dieser Optik auf die wichtigsten Eckwerte ist wenig erfreuliches erkennbar. Die wesentlichen Indikatoren zeigen nach unten. Der Finanzhaushalt gerät wieder in Schiefelage, das in Form von negativen Rechnungsergebnissen, abnehmender Selbstfinanzierung, also Finanzkraft, und dem Wegschmelzen des Eigenkapitals. Zusätzliche Belastungen und/oder eine Abschwächung der Einnahmen würden diesen Trend deutlich verschärfen. Es wird wohl unvermeidlich werden, dass wir uns politisch darauf einstellen müssen entweder weniger auszugeben, weniger zu investieren, Steuern zu erhöhen oder den Umgang mit dem Familiensilber zu brechen in Zusammenhang mit der Finanzierung von grossen Investitionsvorhaben, wenn wir der massiven Zunahme der Verschuldung aus dem Weg gehen möchten. Was ökonomisch richtig ist, kann politisch nicht grundfalsch sein, nämlich die Ausgaben an den Einnahmen auszurichten. Deshalb sind auf die negativen Perspektiven Massnahmen zu planen und einzuleiten, damit wir strukturelle Defizite und eine ungesunde Zunahme der Verschuldung in Zukunft vermeiden können, sowie eine ausreichende Deckung mit Eigenkapital gewährleisten können. Da führt kein Weg vorbei. Die Fireko beantragt die Kenntnisnahme des Finanzplanes.

**Cedric Roos**, Präsident: Damit kommen wir zur Beratung als Ganzes. Gibt es Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Detailberatung. Der 2. Vizepräsident führt Sie durch den Finanzplan.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2012 – 2016.  
Geschäft 4020.

1. Rechtsgrundlage, Methodik und getroffene Annahmen.

1.1 Allgemeines

1.2 Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell - HRM2

2. Finanzplanung 2011 - 2015

2.1 Einwohnergemeinde

2.2 Spezialfinanzierung Wasserversorgung

2.3 Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

2.4 Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung

3. Zielerreichungen, Schlussfolgerungen

4. Antrag

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates. Der Antrag lautet wie folgt:

Vom Finanzplan der Einwohnergemeinde sowie von den Finanzplänen zur Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung 2012 – 2016 wird Kenntnis genommen.

**://:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.



**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

618 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2011 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 11.11.2011 zum Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2012, Geschäft 4019 / A

---

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall

**Traktandum 2.1.0  
Eintretensdebatte**

**Nicole Nüssli**, Gemeinderätin: Zum Budget 2012 kann ich folgende Ausführungen machen. Am Prozess der Budgeterstellung haben wir nichts geändert. Wie in den letzten Jahren sind wir zuerst dezentral von den einzelnen Departementen über die ganze Verwaltung zum Budget übergegangen und haben das Budget erstellt. Bei den Budgetvorgaben steht klar an oberster Position die strategische Entwicklung zur Massnahmenplanung 2009 - 2014, welche als Vorgabe gegolten hat und vom Gemeinderat vorgegeben war. Weiter hat der Gemeinderat vorgegeben, dass wir 2012 eine ausgeglichene Rechnung präsentieren möchten. Wir möchten keine neuen ungebundenen Aufwände budgetieren und im Investitionsvorschlag nur Vorhaben berücksichtigen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden können. Nur realisierbare Investitionen sollen ins Budget aufgenommen werden. Das waren die Vorgaben des Gemeinderates. Zum Ergebnis. Sie haben bereits lesen können, dass der Gemeinderat mit einem Mehraufwand von rund CHF 710'000 rechnet für das Jahr 2010. Bezüglich den Investitionen gehen wir von Nettoinvestitionen von CHF 12'700'000 aus, das ist inklusive der Spezialfinanzierungen. Ohne Spezialfinanzierungen wären es Nettoinvestitionen von CHF 9'900'000. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir Verschiebungen der Investitionen aus Vorjahren reduzieren konnten. Es hat nur noch CHF 1'200'000 Investitionen, welche wir vom 2011 ins 2012 geschoben haben. Beim Ergebnisvergleich vom Budget 2012 zum Budget 2011 und zur Rechnung 2010 sehen Sie, dass wir im Budget 2012 mit einem Mehraufwand von CHF 710'000 rechnen. Im Budget 2010 sind wir noch von einem Mehrertrag von rund CHF 3'500'000 ausgegangen. Korrigiertes Budget 2011 ergibt CHF 3'700'000. Es gibt eine wesentliche Verschlechterung vom 2011 ins 2012, was den Saldo der laufenden Rechnung anbelangt. Bei der Selbstfinanzierung sehen Sie, dass wir in der Rechnung 2010 181% hatten, dann geht es auf 53% runter und im 2012 rechnen wir mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 24%. Es gibt wiederum im 2012 eine Neuverschuldung. Bei den Abweichungen zum Budget 2011 sehen Sie die wesentlichen Veränderungen. Auf einen Blick fällt auf, dass der Aufwand wesentlich gestiegen ist, aber der Ertrag nicht gleich wesentlich steigen konnte. Dies führt am Schluss zu dieser Verschlechterung. Wir haben vor allem den Personalaufwand, wo eine wesentliche Zunahme verzeichnet wird, nämlich CHF 1'800'000. Erlauben Sie mir hier bereits ein Wort dazu, auch wenn wir noch nicht bei den Budgetpostulaten sind. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die Zunahme beim Personalaufwand gerechtfertigt ist. Einerseits sind in dieser Zunahme von CHF 1'800'000 nicht nur Pensenerhöhungen und Stellenerhöhungen, also die neuen Stellen, drin, sondern es ist auch der Erfahrungsstufenanstieg beim Verwaltungspersonal drin, es sind Treueprämien drin und die Teuerung von 1%. Effektiv ist die Teuerung jetzt nur noch 0,4%, aber gerechnet haben wir mit 1%. Dazu kommt, dass wir in den letzten Jahren eine sehr zurückhaltende Personalpolitik betrieben haben. Wir haben eine restriktive Personalpolitik betrieben. Bei jeder Stelle, die gekündet wurde, haben wir geschaut, ob sie wirklich neu besetzt werden muss. Wir hatten häufig eine Vakanz von drei Monaten. Parallel dazu hat die Bevölkerungszahl immer zugenommen in den letzten Jahren. Wir sind immer noch unter dem Soll-Stellen-Bestand mit dem Personal. Es ist gerechtfertigt, dass wir hier einen Sprung drin haben, der zu den rund CHF 1'800'000 führt. Sie müssen sich vor Augen halten, dass die Kinderzahl zunehmen wird. Das führt dazu, dass wir mehr Klassen haben müssen und

---

das führt dazu, dass wir mehr Lehrpersonal brauchen. Auch dieser Bereich ist in dieser Zunahme mit drin.

Auf der anderen Seite haben wir eine wesentliche Veränderung bei den eigenen Beiträgen, eine Verschlechterung von rund CHF 3'600'000. Da ist der grosse Brocken, der Finanzausgleich, wo wir total CHF 8'600'000 budgetiert haben. Das ist eine Zunahme gegenüber dem Budget 2011 von 1'980'000. Bei der Pflegefinanzierung, diese fällt auch hier drunter, haben wir neu CHF 2'000'000 budgetiert. CHF 2'000'000 zusätzliche Kosten im Bereich der Pflegefinanzierung.

Wir haben auch beim Ertrag eine Zunahme zu verzeichnen. Wir rechnen damit, dass wir rund CHF 3'400'000 mehr Steuern verzeichnen können. Bei den natürlichen Personen gehen wir davon aus, obwohl die BAG-Prognosen nach unten korrigiert wurden, dass wir eine Zunahme von CHF 1'400'000 verzeichnen können. Bei den juristischen Personen haben wir immer ein grosses Fragezeichen bei der Budgetierung. Da gehen wir davon aus, dass wir rund CHF 2'000'000 zusätzliche Steuereinnahmen verbuchen können. Bei den Steuererträgen, das sehen Sie hier aufgrund des Säulendiagramms, sehen Sie die Veränderungen. 2009 zu 2010 ist es noch gleich, danach zu 2011 gibt es eine Erhöhung. Das ist aber das Budget 2011. Über das 2012 dürfen Sie nachher diskutieren, da rechnen wir mit dieser Zunahme.

Die hauptsächlichlichen Investitionen sind in zwei Bereichen, einerseits im Bildungsbereich und andererseits im Verkehr. Der grössere Teil ist im Bildungsbereich, dort rechnen wir mit einer Zunahme gegenüber dem Budget von CHF 4'800'000. Hauptsächlich dort drin sind Grundstückerwerb Kindergarten, Schulhaus, Sanierung Schulcenter Neu-Allschwil und Schulhaus Schönenbuchstrasse, Kindergarten Ziegelei und Bruckerhaus. Das sind die verschiedenen Positionen, die zu diesen Investitionen führen. Beim Verkehr kann ich auf den Ausbau vom Herrenweg hinweisen, der rund CHF 400'000 kosten wird, das ist hier auch budgetiert. Total Nettoinvestitionen sind, ohne die Spezialfinanzierungen, CHF 9'000'000. CHF 1'200'000 haben wir aus dem Jahr 2011 hinübergenommen. In diesem Diagramm sehen Sie das kuchenmässig dargestellt, wo der grössere Bereich hinget, wo die grössten Investitionen anfallen im 2012. Das sind Bildung und Verkehr, die übrigen Bereiche sind die kleineren.

Zu der Entwicklung der Vorjahre. Die Selbstfinanzierung wird sinken, das Eigenkapital wird auch leicht abnehmen und die Nettoinvestitionen werden ein bisschen kleiner sein als im 2011. Die grosse Veränderung ist das Ergebnis der laufenden Rechnung 2011 und 2012. Im 2011 haben wir mit einem positiven Rechnungsabschluss gerechnet, jetzt müssen wir mit rund CHF 710'000 Mehraufwand rechnen. Die Ergebnisse der Spezialfinanzierungen, Wasserrechnung und Abwasserrechnung sind positiv, Abfall ist negativ. Wir haben bei den Gebühren mit unveränderten Gebühren gerechnet bei der Abfallrechnung und bei der Wasserrechnung, wie ich das vorhin beim Finanzplan gesagt habe. Bei der Abwasserbeseitigung sind wir davon ausgegangen, dass wir Gebühren senken können. Dies führt auch dazu, dass die laufende Rechnung etwas tiefer ist. Überall sind wir auf Kurs, das konnte ich bereits beim Finanzplan sagen, und dies ist auch beim Budget 2012 so.

Bei der Zielerreichung ist es ähnlich wie beim Finanzplan. Wir haben mehr Gesichter, die nicht so glücklich drein schauen als solche, die glücklich drein schauen. Einzig beim Steuerfuss, der bei 58% ist, haben wir das Ziel erreicht, die übrigen Vorgaben konnten nicht erreicht werden.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Budget 2012 vertretbar ist und von Ihnen mit gutem Gewissen genehmigt werden kann. Bevor ich abschliesse, möchte ich meinen Dank aussprechen. Und zwar der Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die bei der Erarbeitung des Budgets und des Finanzplanes mitgearbeitet haben. Hier an vorderster Front Dieter Pfister, ihm möchte ich speziell danken. Mein Dank geht auch an die Fireko, die weitestgehend das Budget und den Finanzplan immer umfassend geprüft und mir wertvolle Tipps mit auf den Weg gegeben hat. Dafür möchte ich stellvertretend Hans-Peter Tschui danken. Ich bitte Sie das Budget 2012 entsprechend den Anträgen, die Sie im Bericht auf Seite 11 finden, zu genehmigen.

**Hans-Peter Tschui**, Fireko-Präsident: Ich möchte auch hier die Gelegenheit ergreifen, um zu unserem Bericht ein paar Worte zu verlieren. Nach einer vierjährigen Hochdruckperiode, wenn wir davon ausgehen, dass 2011 sich gemäss Budget verhalten wird, verdunkelt sich der Finanzhimmel der Einwohnergemeinde Allschwil mit dem Budget 2012 wieder. Leider sind für diese Eintrübung nicht einmal die Sondereffekte die Ursache, sondern dauerhafte und meist fremdbestimmte Mehrbelastungen und Mindererträge, wie der Nachvollzug von aufgeschobenen Investitionen und eine markante Erhöhung vom Personalaufwand. Der Voranschlag 2012 ist mit Risiken und Nebenwirkungen belastet, die sich auf den Finanzhaushalt von Allschwil als Langzeitschaden in Form von roten Ergebnissen auswirken. Die Fireko trägt in ihren Beurteilungen dem Umstand Rechnung, dass zwischen dem Budgetierungsprozess im Sommer 2011 und den heutigen Einschätzungen Differenzen entstehen. Das liegt in der Natur der Sache, wie zum Beispiel die Teuerungsentwicklung, die Konjunktur- und Lohnentwicklung, Zinsentwicklung, Arbeitsmarkt, Aufgabenstruktur, und der Leistungsauftrag für die Gemeinde. Aus den zeitnahen Beurteilungen hat die Fireko ihre Bemerkungen, Empfehlungen und Anträge abgeleitet. Wir

dürfen in unseren Bemühungen nicht müde werden, die Ausgaben auf die Einnahmen auszurichten und die Investitionen nicht hauptsächlich mit der Kreditkarte zu finanzieren. Deshalb sind Korrekturen oder Kursänderungen im kurzfristigen Sinn erforderlich. Deshalb hat die Fireko Sparaufträge fürs Budget 2012 eingereicht. Deshalb ist zwingend politischer Gegendruck aufzubauen gegen die überbordende Abwälzung von Aufgaben und Ausgaben an Gemeinden. Der Bund entscheidet, der Kanton verordnet und die Gemeinden dürfen bezahlen. Ich hoffe, dass diese Botschaft unseren Allschwiler Landräten zu Gehör kommt. Die Fireko beantragt dem Einwohnerrat, die Anträge des Gemeinderates zum Voranschlag 2012 zu genehmigen.

**Cedric Roos**, Präsident: Das weitere Vorgehen ist wie folgt. Wir kommen zuerst zu der Beratung der Budgetpostulate, anschliessend zur Detailberatung vom Voranschlag und zum Schluss zu den Budgetpostulaten, die die Steuern betreffen. Jetzt kommen wir zur Beratung der einzelnen Budgetpostulate.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Wie jedes Jahr wünsche ich, dass man eine Gesamtbeurteilung abgeben darf zu sämtlichen Budgetpostulaten und nicht zu jedem einzelnen. Als ich den Voranschlag 2012 erhalten habe und ihn durchgeblättert habe, habe ich insgeheim gedacht, dass ich persönlich hier nichts sehe zum Einreichen. Da man mir immer vorwirft, ich gäbe viel Unnötiges ein, das ich zwar nötig finde, bin ich davon ausgegangen, dass die anderen quasi nichts bringen. Was uns jetzt in den Haushalt geschickt wurde, hat mich erstaunt, was da für Budgetvorschläge gekommen sind. Viel weiter erstaunt mich die Diskrepanz zwischen Gemeinderat und Fireko und den einzelnen Einwohnerratsmitgliedern. Ich glaube, dass ich in den vielen Jahren, in denen ich hier mitmache bei der Budgetdebatte, noch nie so etwas gesehen habe und es erstaunt schon ein bisschen. Grundsätzlich hat jedes Budgetpostulat seine Berechtigung. Man merkt, dass gewisse persönliche Ideologie dahinter steht. Das zeigt, dass jedes Budgetpostulat und jeder Vorstoss berechtigt und nicht dumm ist, wie es schon ein paar Mal geheissen hat. Man kann darüber diskutieren, man muss die Augen offen haben, die Brille anziehen, und wenn man mit der Brille zu wenig sieht, dann noch die Kontaktlinsen tragen, damit man bis zur Brille sieht. Man kann nicht auf einer Seite jammern, dass man die Steuern nicht senken kann, aber im gleichen Atemzug Sachen verlangen, die nicht wichtig sind. Mich hat erstaunt, dass etwas gefordert wird als Budgetpostulat, was wir mit einem Vorstoss überwiesen haben. Lassen wir doch mal einen Vorstoss seine Wirkung haben. Man muss ihm ein bisschen Wasser geben, dann kann er aufgehen. Aber man muss den kleinen Spross nicht schon wieder abschneiden mit einem Budgetpostulat. Persönlich möchte ich auf die Folie zu sprechen kommen. Zielerreichung hatte vier traurige Smilies und eines, das gelächelt hat. Für mich würde fünf rote dort hängen, weil dort 58% stand. Der Gemeinderat ist stolz darauf, dass er sein Ziel, bei 58% zu bleiben, erreicht hat. Jedes Jahr das gleiche Gejammer, dass man nicht senken könne, aber man solle dankbar sein, dass wir nicht hoch gehen. Seid dankbar, lieber Gemeinderat, dass der Einwohnerrat euch keine Senkung aufdiktiert, machbar wäre das. Ich bin gespannt auf die Diskussion heute Abend, letztes Jahr hat dies sogar die Fireko und die FDP unterstützt. Es gab am Horizont eine schöne Farbe, man konnte Hoffnung schöpfen, aber es dünkt mich, dass man dies schon wieder bald begraben kann. Ich bleibe aber hart, wie der Gemeinderat, der bei 58% bleibt, aber ich bleibe dabei, dass ich jedes Jahr eine Senkung beantrage. Ihr mögt euch zurückerinnern an die ehemalige Fireko-Präsidentin Verena Meschberger. Sie hat auch vehement immer gesagt, dass wir die Steuern nicht senken können. Sie hat mir öffentliche Danke gesagt, dass ich dies jedes Jahr einreiche, denn solange man von Senkung redet, gehen wir sicher nicht hoch.

**Cedric Roos**, Präsident: Wünscht sonst noch jemand das Wort zu den Budgetpostulaten als Ganzes? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir jetzt zu den einzelnen Budgetpostulaten.

619 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 2.1.2**

Budgetpostulat Semra Wagner-Sakar, SP/EVP-Fraktion, betreffend  
Gesundheit (Pro Juventute Elternbrief), Pos. 440.319.01 (neu), Geschäft 4019B.2

---

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich kann es kurz machen. Es haben es alle gelesen, es geht um die Briefe der Pro Juventute. Ich habe es erhalten, als ich kleine Kinder hatte, über das Schwangerschaftsturnen. Ich fand es sagenhaft. Ich bin zwar auch vom Fach, aber ich fand es toll, man hat immer eine Unterlage zuhause für den Notfall. Es ist sehr ausführlich und fundiert geschrieben. Schon wenn man es nur in die Hände genommen hat, hat es einem beruhigt, man wusste, was zu tun ist. Jemand hat gesagt, man könnte auch ins Internet und klicken. Aber bis man da endlich die richtige Antwort hat, dauert es. Da hat man ein Papier in der Hand mit allem drum und dran. Ich finde es toll, dass der Gemeinderat ja dazu sagt und Semra Wagner-Sakar sicher auch.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich bin nicht der Meinung, dass wir dies machen müssen. Ich habe auch drei Kinder. Ich habe drei Mal vom Frauenarzt, respektive meine Frau, ich bin zwar jedes Mal mitgegangen, einen Koffer in die Hände erhalten. Dort drin sind alle Angaben bezüglich dem Pro Juventute-Elternbrief. Man muss einfach CHF 6 im Jahr bezahlen. Wenn man das nicht mehr auslegen kann als Privatperson, dann lässt man es besser sein und googelt. Ich finde nicht, dass es dem Staat seine Aufgabe ist, für die Allgemeinheit so etwas zu finanzieren. Das kann jeder selber, der das Interesse hat. Wir haben ihn auch genommen und wir haben die CHF 6 gern bezahlt. Ich sehe den Sinn nicht, dass die Gemeinde dieses Geld aufbringen muss.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Die Fireko hat alle Budgetpostulate beraten. Es ist sinnvoll, wenn wir bei jedem einzelnen Budgetpostulat die Stellungnahme der Fireko hören. Der Präsident war an diesem Tag der Sitzung abwesend, darum habe ich sie als Vizepräsident geleitet und bin jetzt Sprecher der Fireko. Das Budgetpostulat von Semra Wagner haben wir an der Sitzung diskutiert, es wurde kontrovers diskutiert. Grundsätzlich kann man sich im Zeitalter von Internet und von Google jede nötige Information übers Internet beschaffen. Die Mehrheit der Fireko war trotzdem der Meinung, dass der Pro Juventute-Brief eine gute Sache ist und finanziell kein noch grösseres Loch in die Gemeindekasse reisst, als wir es ohnehin schon haben. Die Fireko hat darum mit 3 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung beschlossen, die Zustimmung zu diesem Budgetpostulat zu empfehlen.

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Alle im Gemeinderat wussten, dass es diesen Elternbrief gibt. Wir sind darauf gekommen, weil alle anderen Gemeinden, Väter-Mütter-Beratung Leimental, geben dies auf Kosten der Gemeinde ab. Darum war der Gemeinderat der Meinung, dass wir dies einführen sollten. Leider haben wir dies nicht budgetiert und darum sind wir froh über dieses Budgetpostulat. Ich bitte Sie dem zuzustimmen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich danke vielmals für das Votum von Herrn Zimmermann. Grundsätzlich kann ich dem Budgetpostulat zustimmen, weil ich der Meinung war, das sei etwas. Da merkt man, dass ich keine Kinder habe, ein faux-pas. Hätte ich Kinder, dann hätte ich so ein Köfferchen erhalten und dann wüsste ich, was da drin wär. Deshalb bin ich froh, dass er das eingebracht hat, er hat drei Kinder und kann aus Erfahrung reden. Ich habe an anderen Orten Erfahrung, weil ich keine Kinder habe. Deshalb lehne ich dies nun ab.

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte hier nur darauf hinweisen, dass wir Frau Mensch geehrt haben. Sie gibt Säuglingskurse und hat dies schon immer gegeben in Allschwil. Auch ich habe bei ihr vor vielen Jahren einen Kurs besucht. Sie empfiehlt ausdrücklich diese Broschüre. Ich finde, das ist auch ein weiterer Grund, weshalb wir dies annehmen sollten. Es ist eine soziale Haltung, wenn dies die Gemeinde übernimmt und wenn man dies automatisch gratis erhält, wenn man Eltern wird.

**Peter vor Arx**, FDP/GLP-Fraktion: Es ist so, dass man es im Internet herunterladen kann und es jeder selber suchen kann. Wir finden die Idee aber berechtigt. Wenn man die Kosten mit dem Nutzen anschaut, dann ist dies keine grosse Belastung für das Budget. Wir sind für Zustimmung.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe noch ein wichtiges Argument von Semra unterschlagen. Sie hat darauf hingewiesen, dass viele neue Familien in Allschwil sind. Auch im Hinblick auf die vielen neuen kleinen Allschwiler Bürger, die dazu gekommen sind, ist es ihr wichtig, dass dies erwähnt wird.

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Auch ich habe früher diesen Elternbrief erhalten, als ich kleine Kinder hatte. Ich habe es sehr geschätzt. Heute ist es eine Prävention, die die Gemeinde für die Familien leistet.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe auch zuhause drei Kinder, grosse mittlerweile und stärkere als ich. Wenn die kleinen Stürmi stürmen und eines der Elternteil am Anschlag ist, dann sollte das andere googeln. Was soll gegoogelt werden? Wie es dem Partner geht oder wo diese Broschüre zu finden ist? Diese Broschüre gehört nach Hause, à jour und präsent. Jetzt reden wir 10 Minuten über CHF 6'000 und Sie wollten die Mühle heute Abend diskutieren? Gute Nacht.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen über das Budgetpostulat ab.

**://:**

Das Budgetpostulat wird mit 28 zu 8 Stimmen angenommen.

620 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 2.1.3**

Budgetpostulat Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend  
Stromtankstelle speziell für alle Elektrofahrräder, Pos. (neu), Geschäft 4019B.3

---

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Diejenigen, die schon länger dabei sind, wissen, dass es ein Leistungspostulat ist. Da wir dies nicht mehr haben, habe ich es in dieser Form eingereicht. Es ist toll, dass ich innert kurzer Zeit eine Antwort erhalten habe, weil wir diesen Termin heute haben. Ich bedanke mich bei der Verwaltung, dass sie sich darum gekümmert hat. Ich nehme es so entgegen, wie es die Verwaltung ausgeführt hat. Wir wären Pioniere, wenn wir in diese Richtung gehen würden. Wie komme ich überhaupt auf das? Ich habe mal gegoogelt und habe herausgefunden, dass es an andern Orten in Europa, nicht weit weg von uns, viele solche Tankstellen für Velos gibt. Es ist keine Sache, zwei verschiedene Steckdosen nebeneinander zu haben. Ich habe eine kleine Folie hier. Man kann es auch mit Solar betreiben. Es gibt Möglichkeiten und Leute, die pioniermässig dahinter stehen. Ich ziehe das Postulat zurück, weil ich gesehen habe, dass der Gemeinderat dran ist. Ich möchte Sie dazu ermuntern, dran zu bleiben und vielleicht in der Region Pionier zu sein und etwas für die grösste Gemeinde im Baselbiet zu machen.

**Cedric Roos**, Präsident: Das Budgetpostulat wurde zurückgezogen.

621 01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 2.1.4**

Budgetpostulat Nedim Ulusoy / Julia Gosteli, Grüne Allschwil, betreffend  
Senkung des Energieverbrauchs, betrifft verschiedene Konti, Geschäft 4019B.4

---

**Nedim Ulusoy**, Grüne Fraktion: Ich möchte kurz auf den Hintergrund des Budgetpostulats eingehen. Vielleicht erinnern Sie sich, dass wir im März 2010 von Seiten der Grünen Fraktion ein Postulat eingereicht haben. Damals ging es um die Gelder aus dem Verkauf der Namenaktien vom Blockheizkraftwerk Bettenacker. Wir fanden, dass dieses Geld zweckmässig eingesetzt werden könnte, indem man fortschrittliche Technologien unterstützt. Wir haben das Postulat eingereicht, es wurde vom Einwohnerrat auch klar unterstützt und überwiesen. Gemeinderätin Nicole Nüssli hat ausgeführt, dass es gewisse Probleme bei der Umsetzung gibt. Man müsse einen Fonds gründen, wo man das Geld einspeist, damit man es zweckgebunden einsetzen kann. Wir wollten das machen und haben das Ganze als Budgetpostulat eingereicht. Da hat sich herausgestellt, dass es zuerst ein Reglement für den Fonds braucht. Dann haben wir eine Motion eingereicht für den Fonds. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass es gemäss HRM2 schwierig sein wird, Steuermittel einem Fonds zuzuweisen. Jetzt wäre es zwar noch möglich, aber in Zukunft nicht. Um dieser ganzen Vorgeschichte Rechnung zu tragen, haben wir es nun nochmals umformuliert. Wir nehmen nochmals einen Anlauf und möchten Ihnen beantragen, CHF 100'000 zulasten des Budget 2012 einzustellen, die dafür eingesetzt werden, neue Technologien einzusetzen. Der Gemeinderat hat bemängelt, dass der Betrag von CHF 100'000 zu niedrig sei. Das hat uns sehr erstaunt, wir nehmen gerne mehr. Wir waren bescheiden, und haben uns auf CHF 100'000 beschränkt. Die Idee ist, dass Betrag zusätzlich zu den normalen Geldern eingesetzt wird. Falls eine Investition geplant wäre und man sieht, dass es ein Fahrzeug gibt, das CHF 10'000 mehr kosten würde, welches aber energieeffizienter wäre, dann könnten diese CHF 100'000 verwendet werden. Die Investitionen müssen nicht zu 100% über diese CHF 100'000 getätigt werden. Es wären verschiedene sinnvolle Investitionen möglich, die man mit den CHF 100'000 tätigen könnte. Wir bitten Sie, das Postulat, wie von der Fireko vorgeschlagen, zu unterstützen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich glaube, ich darf mit gutem Gewissen sagen, dass dieses Budgetpostulat in der Fireko am meisten Diskussionen gegeben hat. Zwei Punkte standen einander gegenüber und haben ein bisschen Kopfzerbrechen verursacht. Einerseits kennen wir die Vorgeschichte und dass man mit HRM2 nun doch keinen Fonds mehr machen kann. Die Mehrheit der Fireko ist der Meinung, dass die Sache eine gute Sache und unterstützenswert ist. Die Fireko hat auch nicht übersehen, dass es so, wie das Budgetpostulat jetzt formuliert ist, grosse Schwierigkeiten gibt, dies korrekt zu budgetieren und zu verbuchen, weil auch keine konkrete Kontonummer genannt wird. Die Fireko ist trotzdem zum Schluss gekommen, dass die an für sich gute Sache, die mit diesem Budgetpostulat verfolgt wird, nicht an formalen Hürden scheitern soll und ist darum mit 5 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zur Auffassung gekommen, dass wir diesem Budgetpostulat zustimmen sollten. Das empfiehlt Ihnen die Fireko.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Was mein Einflussbereich betrifft, kann ich Ihnen kurz schildern, dass wir bei der öffentlichen Beleuchtung eine Umrüstungsphase hinter uns haben, die uns geholfen hat, weniger Energie zu verbrauchen. Wir haben einen weiteren Schritt begangen und werden Tests machen mit LED-Leuchtmittel. Das bedeutet nochmals eine weitere Senkung beim Stromverbrauch bei der öffentlichen Beleuchtung. Bei der Fahrzeugbeschaffung tun wir den Energieverbrauch und den Schadstoffausstoss miteinbeziehen. Wir gehen davon aus, dass Sie das bei meinen Anträgen, die ich im Bereich Tiefbau und Umwelt stellte, bei Ihren Entscheidungen bereits so berücksichtigen. Deswegen müsste ich dieses Postulat nicht haben. Die CHF 100'000 sind nicht bestimmt, für was sie gelten sollen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich kann kurz Stellung nehmen, wie das beim Hochbau aussieht. Wir kommen mit jedem Bauvorhaben zu Ihnen. Entweder ist es als Investition im Budget oder es ist eine Sondervorlage. Dort wird selbstverständlich Wert darauf gelegt, dass man immer die neusten energiesparenden Technologien, auch wenn wir nicht das Energielabel in der Schweiz haben, vorlegt. Der Gemeinderat hat sich dieser Sache verschrieben, dass er möglichst immer die modernsten Technologien einsetzt, wenn es um Bauten geht. Die CHF 100'000 sind ein viel zu kleiner Betrag. Wir wissen gar nicht, wo wir diesen in den nächsten Jahren bei den Investitionen zusätzlich einsetzen sollen.

Wir kommen jeweils mit einer ganzen Vorlage, wo alles berücksichtigt ist. Dort hat der Einwohnerrat selbstverständlich bei jedem Projekt die Gelegenheit sich dazu zu äussern und zu fragen, ob wir dafür geschaut haben. Hier haben wir eine Art Gieskannenprinzip. Der Gemeinderat ist grundsätzlich nicht dafür, dies nach dem Giesskannenprinzip anzunehmen und das Geld auszugeben. Wir kommen lieber mit einer umfassenden Vorlage, informieren Sie, was der Gegenstand ist zum Beispiel bei neuen Kindergärten oder beim neuen Schulhaus oder bei Renovationen bei Gemeindeliegenschaften. Wir wissen, wo wir Energiesparen können und bringen die entsprechenden Projekte. Dies ist für uns schwierig, dies richtig zuzuordnen und zu verbuchen. Der Betrag ist sehr klein, wenn wir umfassende Renovationen oder Sanierungen machen müssen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Das ist jetzt ein Budgetpostulat, wo ich eine Diskrepanz zwischen Gemeinderat und Fireko spüre. Ich finde es verrückt, wenn man liest und hört, was dieses Budgetpostulat in der Behandlung ausgelöst hat und was schlussendlich das Resultat ist. Wenn man auf die Gefühlswelt hört, dann driften wir brutal ab. Die Gemeinde macht sehr viel für den Umweltschutz, das wurde vorhin aufgezählt von Gemeinderat Vogt und Gemeinderat Morat. Ich erinnere mich, dass Guido, unser Superkurier aus Allschwil, eine Zeit lang mit einem E-Auto herumgefahren ist. Allschwil ist schon lange daran, ökologische Sachen umzusetzen. Sie haben immer wieder Ideen, sie machen viel, man konnte im AWB dies mit der LED-Beleuchtung lesen. Wir haben die Strassen mit guten Lampen ausgestattet. Mit solchen Vorstössen sagen wir dem Gemeinderat oder der Verwaltung, dass sie nicht energiebewusst sind. Wenn man ein Fahrzeug anschafft, das weniger Energie verbraucht, dann macht man eine Einsparung, somit müsste man nicht mehr Geld bewilligen. Das kostet vielleicht im Moment, aber heutzutage weiss man, wie schnell das Geld wieder drin ist, wenn man ein Fahrzeug hat, das energiebewusst ist. Bei Isolierungen ist es auch so, das sind Investitionen. Bitte hört auf mit solchen Verstössen, wo man von der Gemeinde immer wieder verlangt, dass sie ökologischer sein sollen. Energiestadt, und und und, es wird so viel gemacht. Es ist bald eine Pflichtübung von gewissen Leuten, immer wieder mit dem Mahnfinger zu sagen, dass zu wenig gemacht wird. Es wird sehr viel gemacht, bitte schätzt einmal, was gemacht wird.

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: In Anlehnung an früher abgegebene Einschätzungen wiederholen wir, dass wir gegen die Sprechung von Mitteln für nicht konkrete und inhaltlich nicht genau definierte Leistungsaufträge sind. Die CHF 100'000 liegen quer in der Landschaft im Budget 2012. Deshalb schliesst sich unsere Fraktion der Meinung des Gemeinderates an und ist gegen die Überweisung.

**Jürg Vogt**, FDP/GLP-Fraktion: Ich kann mich den Vorrednern anschliessen. In unserer Fraktion war es auch so, wir möchten wissen, für was man das Geld braucht. Dem Kässeli-Prinzip, das hier ins Leben gerufen oder ausgebaut wird, können wir zustimmen.

**Nedim Ulusoy**, Grüne Fraktion: Ich habe eine kurze Ergänzung, weshalb wir keine Kostenstelle angegeben haben. Das haben wir bewusst gemacht, weil es eben verschiedene Kostenstellen betreffen kann. Deswegen haben wir das, in Absprache mit der Gemeinde, offengelassen. Wir sehen das im Sinne eines Förderbeitrags für Investitionen der Gemeinde. Es soll nicht der ganze Betrag aus diesem Fonds oder Budget finanziert werden, sondern es soll ein Zustupf sein. Genau das möchten wir mit den Förderbeiträgen erreichen. Ich saniere mein Haus und erhalten einen Beitrag der Gemeinde, damit ist es finanziell interessanter. Das ist die Stossrichtung, die wir mit diesem Budget einschlagen möchten.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Ich höre, was unsere beiden Gemeinderäte zu Beleuchtung, Gebäude und Maschinen und Fahrzeuge gesagt haben. Bei einem Gemeindefahrzeug spielt trotzdem zuerst die Leistung eine Rolle vor dem Energieverbrauch. Ich merke, dass Sachen gemacht werden. Ich habe das Gefühl, dass die Energiestadt-Vorlage, die wir vor ein paar Jahren gebracht haben, und auch jetzt dieses Postulat zielen in eine Richtung und helfen, auch wenn sie abgelehnt werden, dass etwas passiert im Gemeinderat. Ich könnte auch sagen, dass dieses Budgetpostulat bereits erfüllt ist. Das wäre ein Grund, um es abzulehnen, ohne dass ich es inhaltlich ablehnen möchte.

**Benedikt Gnos**, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion hat das Thema diskutiert und ist der Meinung, dass auch auf Gemeindeebene Sparpotential im Energie- und Umweltbereich längstens nicht ausgeschöpft ist. Wir finden es darum sinnvoll, die CHF 100'000 ins Budget aufzunehmen, um sie dort zu

---

gebrauchen, wo es sinnvoll ist und wo man anderweitig das Geld nicht zur Verfügung hätte. In diesem Sinne, wie es auch von anderen bereits gesagt wurde, dass Energiesparmassnahmen letztendlich eine Sparmassnahme sind und keine Ausgabe, finden wir es sinnvoll, diesem Postulat zuzustimmen.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Stimmen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall, dann stimmen wir über dieses Budgetpostulat ab.

**://:**

Das Budgetpostulat wird mit 21 zu 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

622 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.5**

Budgetpostulat Nedim Ulusoy / Julia Gosteli, Grüne Allschwil, betreffend  
869-366.01 Energiesparmassnahmen Private Haushalte, Geschäft 4019B.5

---

**Nedim Ulusoy**, Grüne Fraktion: Postulant ist auch noch Julia Gosteli. Bei diesem Budgetpostulat geht es darum, dass wir gerne CHF 50'000 ins Budget der Gemeinde Allschwil aufnehmen möchten, welches dazu verwendet wird, Haushaltungen anzuregen Energie zu sparen. Ähnliche Aktionen sind in Basel in Gange und in anderen Gemeinden werden regelmässig Energiesparaktionen durchgeführt. Wir begrüssen und wertschätzen dies, dass der Gemeinderat uns entgegenkommt und CHF 5000 anbietet für solche Aktionen. Wir meinen, dass dies sehr wenig ist, darum möchten wir an den CHF 50'000 festhalten. Wir bitten um Überweisung des Budgetpostulats.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Die Fireko ist mehrheitlich der Auffassung, dass Energiesparmassnahmen im privaten Bereich auch private Sache sind. Da müsste man allenfalls über Lenkungsabgaben etc. diskutieren, aber nicht über Subventionen. Darum ist die Fireko mit 4 gegen 1 Stimme bei 1 Enthaltung der Auffassung, dass wir die Ablehnung des Budgetpostulats empfehlen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Jetzt habt ihr wieder gezeigt, liebe Grünen, dass ihr mit wenig nicht zufrieden seid. Der Gemeinderat kommt euch entgegen mit CHF 5000 und es reicht euch nicht. Wenn man euch den kleinen Finger gibt, dann gibt es die ganze Hand und dann auch grad noch den Arm und den Rest des Körpers. Es ist richtig, wie es der Vizepräsident der Fireko gesagt hat, heute sind viele Informationen vorhanden. Bei Radio DRS, SF1, Kassensturz etc. wird immer wieder darauf hingewiesen, welche Geräte kostengünstig im Energieverbrauch sind. Auch sonstige Tipps weiss man langsam und es ist in den Köpfen drin, Standby-Modus auszulassen, Geräte mit A+ zu kaufen etc. Heute sind wir so weit, dass wir Erwachsenen dies unserem Nachwuchs, den ich leider nicht habe oder wie auch immer, weiter erzählen können. Dafür braucht es keine CHF 50'000 und keine Aktionen der Gemeinde, das gibt es alles bereits. Wir haben gehört, dass wir Geld sparen müssen. Seien wir doch vernünftig.

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Ich spreche für die SP/EVP-Fraktion zu diesem Budgetpostulat. Wir finden auch, dass man Privatgeräte nicht einfach finanziell mit einem Rabatt abgelten kann. Aber wir finden die Idee von dieser Informationskampagne sehr gut, die der Gemeinderat hier anbietet mit einem Betrag von CHF 5000. Vielleicht könnte man dies auch einmal an einem Dorfmarkt bringen. Vielleicht nicht unbedingt im Lichthof der Gemeinde, sondern dort, wo die Leute sind, damit dies wirklich gut ankommt bei der Bevölkerung.

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist dagegen, mit Steuergeldern den Privatmarkt zu bearbeiten. Wer Haus- oder Wohnungseigentümer ist, weiss, wie stark wir eingedeckt werden mit solchen Angeboten von den Stromlieferanten und von privaten Firmen. Darum sind wir gegen die Überweisung von diesem Postulat.



**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Vor rund 10 Jahren wurde der Santiglaus von der IWB an den Bahnhof geschickt und hat dort Energiesparlampen verteilt. Es war die IWB, der städtische Stromversorger. In unserem Fall wäre es die EBL. Da wir grad zwei Vertreter hier haben, Robi als Genossenschafter und Nicole als Verwaltungsrätin, bitte ich euch, dies an die EBL zurückzunehmen. Wie wäre es, am Allschwiler-Markt so eine Aktion zu machen? Diese CHF 5000, dividiert durch rund 25, ergäben rund 200 LED-Spots. Wenn sie CHF 40 kosten, dann gibt es halt 125. Das ist nicht viel, mit CHF 5000 kommt man nicht weit. Die EBL müsste mehr in die Hand nehmen.

**Matthias Lochmann**, FDP/GLP-Fraktion: Grundsätzlich sind Anreize eine gute Sache. In diesem Fall sehen wir auch keinen Handlungsbedarf. Gefriergeräte sind wahre Energiefresser. Gerade das sollte für Besitzer von solchen Geräten Grund genug sein, auf moderne Geräte der Energieklasse A zu wechseln. Die Einsparungen machen sich in der Stromrechnung sehr bald bemerkbar. Wir meinen, dass diese Problematik durch den Markt geregelt werden soll.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung.

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Ich würde gerne über das Angebot des Gemeinderates abstimmen. Ich möchte nicht dieses Budgetpostulat, sondern die CHF 5000 überweisen.

**Cedric Roos**, Präsident: Das machen wir, wir schliessen jetzt aber trotzdem das Budgetpostulat ab und stimmen dann über den Antrag des Gemeinderates ab.

**:::**

Das Budgetpostulat wird mit 24 zu 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Damit kommen wir zum Antrag des Gemeinderates über CHF 5000.

**:::**

Wir haben Stimmengleichheit mit 17 zu 17 Stimmen bei 1 Enthaltung. Das bedeutet, dass der Präsident entscheidet und der Antrag abgelehnt ist.

PAUSE

**Cedric Roos**, Präsident: Wir fahren mit der heutigen Sitzung weiter. Ich möchte ein Versäumnis nachholen. Wie Sie vielleicht bereits wissen, wird uns Nicolas Proschek Ende Jahr verlassen. Ich kann Ihnen seine Nachfolgerin vorstellen, es ist Ines Wehrauch, die neben ihm Platz genommen hat.

623 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.6**

Budgetpostulat Julia Gosteli / Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, betreffend  
359-314.04 Baulicher Unterhalt öffentlicher Spielplätze, Geschäft 4019B.6

---

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Ich hoffe, das Budgetpostulat wird überwiesen. Ich komme immer wieder mit diesem Spielplatz bei der Kirche. Da hat die Gemeinde den Spielplatz sang- und klanglos eingehen lassen und hat dadurch viele Unterhaltskosten gespart. Die Kinder haben einen Spielplatz weniger. Es ist

---

das Minimum, CHF 10'000 als Startschuss einzustellen, damit man Nägel mit Köpfen machen kann, und man nicht das Konzept, das es auch noch gibt und das in zwei bis drei Jahren kommt, abwarten muss.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Die Fireko hat das Budgetpostulat ebenfalls diskutiert. Man ist zum Schluss gekommen, dass das Budgetpostulat einerseits eine Folge von diesem Postulat betreffend Kindergartenkonzept ist. Die Fireko war der Meinung, dass Kinder die Zukunft von jeder Gemeinde sind. Dort würde man am falschen Ort sparen. Darum hat die Fireko sich dafür entschieden mit 6 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, diesem Budgetpostulat zuzustimmen und die Annahme zu empfehlen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich bitte Sie sehr um Geduld und Ablehnung des Postulats. Der Gemeinderat könnte sonst nur ein paar Gummischrotplatten legen für die CHF 10'000, und es würde nicht einmal für die Rutschbahn reichen. Deshalb bitte ich Sie, dem Budgetpostulat lieber nicht zuzustimmen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Das ist eine Feuerwehübung. Es ist allgemein die Meinung des Einwohnerrates, dass man die Kinderspielplätze fördern sollte, dass man etwas Schlaues macht, das haben wir gegen den Wunsch des Gemeinderates beschlossen. Warten wir doch dies mal ab und machen dann etwas Gesamthaftes, anstatt jetzt mit einem Kessel Wasser ein Feuer zu löschen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Lieber Josua, die Spielplätze haben wir nicht. Ein Konzept braucht sehr lange, bis es umgesetzt ist. Der Gemeinderat oder die Verwaltung hatte ein Kässeli. Auf dem Spielplatz vom Bettenacker, sprich Pausenplatz, ist er daran, einen Kletterturm zu erstellen, nachdem wir 4,5 Jahre darauf gewartet haben, den Kletterbaum zu ersetzen. Das sind keine CHF 10'000, das ist weniger, Robi Vogt. Man muss nicht ein paar Plättli hinlegen. Wir haben x Spielplätze, da drüben fehlt auch einer. Im ganzen Quartier um das Schulhaus herum hat es keinen Kletterturm, wo die Kinder etwas machen können. Im Bettenacker hat es immerhin ab Januar einen Spielplatz, wo Kinder klettern können. Auch jetzt bei diesem Sauwetter hat es Grossväter, die mit den Kindern Velofahren lernen. Wir brauchen das. Nicht wegen dem Konzept, aber man hat viele andere Plätze mit Geräten weg gemacht. Wir haben Kinder, Mamis und Papis und Opas und Omas in Allschwil.

**Kathrin Gürtler**, FDP/GLP-Fraktion: Wir sind für attraktive Spielplätze. Der Einwohnerrat hat erst gerade ein Postulat für Kinderspielplätze überwiesen. Wir möchten gerne abwarten, was das Konzept vorschlägt und im Rahmen des Konzepts konkret das Geld sprechen, so viel wie dann dort nötig ist. Jetzt nicht im vornherein Geld investieren, wo man nachher beim Konzept sieht, dass es vielleicht eine Verschiebung von diesem Spielplatz gibt. Wir bitten den Gemeinderat mit dem Konzept vorwärts zu machen, damit wir nicht so lange, zwei Jahre, darauf warten müssen.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Das Konto von diesem Antrag ist baulicher Unterhalt öffentlicher Spielplätze. Wenn das eine Liegenschaft wäre, würde man von Werterhaltung und nicht von Wertvermehrung reden. Auf Spielplätzen geht immer mal etwas kaputt. Wir haben genug Spielplätze, um die CHF 10'000 zu verbrauchen. Es geht nicht darum, dass wir etwas vergolden oder etwas in den Sand setzen, höchstens in den Sandkasten.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung.

**://:**

Das Budgetpostulat ist mit 18 zu 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

624 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 2.1.7**

Budgetpostulat Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion, betreffend  
6 Kultur, Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen: 300-364.00;  
Thema: Theatersubventionen, Geschäft 4019B.7

---

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Ich gehe davon aus, dass ihr meinen Leserbrief vom letzten Freitag gelesen habt. Dort habe ich ein paar Zahlen aufgezeigt. Im Moment bezahlt der Kanton Baselland weniger als einen Fünftel ans Theater Basel. Über vier Fünftel der Subventionen kommen aus dem Kanton Basel-Stadt. Die Besucherstatistik zeigt, dass Baselland mit viel höheren Prozentsätzen das Theater nutzt. Es ist mir klar, das schreibt auch die Fireko, dass es eine kantonale Geschichte ist. Eigentlich müsste der Kanton vorwärts machen. Ich verlange nur ein Zeichen. Ich hoffe, dass unsere Landräte das Thema wirklich im Kanton Baselland aufnehmen. Der Kanton Basel-Stadt hat, nachdem im Februar die Abstimmung im Kanton Baselland abgelehnt wurde, CHF 1'500'000 zusätzlich gesprochen, um den Betrieb zu retten und auf dem Niveau zu erhalten, wie dies gewollt ist. Mein Zeichen würde heissen, zusätzlich einen Franken für das nächste Jahr pro Einwohner. Der Gemeinderat begründet die Ablehnung damit, dass es eine Verschiebung geben würde von den Ausgaben für Kultur. Ich möchte das auf keinen Fall. Ich möchte zusätzlich zu den anderen Kulturausgaben CHF 20'000 für das Theater Basel. Die anderen kulturellen Institutionen wären davon nicht betroffen. Der Gemeinderat begründet seine Ablehnung auch damit, dass wir schon sehr gut bezahlen im Vergleich. Ich habe lustigerweise heute in der Zeitung von zwei Nachbargemeinden etwas gelesen. Auf der Liste, die Sie auf Seite 11 haben, sind die Zahlen von 2010, wer wie viel bezahlt, und da steht bei Bottmingen CHF 7000. Heute kann man in der BaZ lesen, dass Bottmingen CHF 60'000 ans Theater Basel bezahlt. Oben sehen Sie Arlesheim, dort steht CHF 20'000. Arlesheim hat im 2011 CHF 40'000 bezahlt. Die haben einen Aufruf gemacht in der Bevölkerung, dem Theater Basel zu spenden, und sie würden dann den Beitrag verdoppeln bis zu einem Betrag von CHF 20'000. Die Bevölkerung hat CHF 25'000 gesammelt und die Gemeinde Arlesheim hat nochmals CHF 20'000 dazu bezahlt. Auch Pfeffingen hat mehr als verdoppelt auf CHF 9000 im 2011. Reinach, das steht heute in der BaZ, CHF 100'000. Unsere CHF 20'000 sind überhaupt nicht mehr an der Spitze. Alle Gemeinden haben genau das auch gesehen, dass man ein Zeichen setzen soll, dass man das Theater in dieser Art, wie es ist, möchte. Viele finden das Theater Basel einen Exklusivclub. Weniger Subventionen führen auf jeden Fall dazu, dass die Eintritte noch teurer werden. Das macht es auch nicht besser. Das Theater Basel vermittelt Bildung auf höchstem Niveau und ist eine wichtige Schule der Demokratie. Das Theater Basel hat einen guten Ruf in Europa, man hat im 2009 und 2010 einen Opernpreis erhalten. Vom Theater Basel profitiert unsere ganze Gesellschaft, weil wir ganz vorne dabei sind und neueste Tendenzen im Kulturbetrieb in Europa miterleben können. Darum bitte ich Sie, das Zeichen zu setzen, so wie das viele andere Gemeinden um Basel herum bereits gemacht haben. Wir als grösste Gemeinde, so nahe von Basel, sollten dies auch tun.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Die Fireko ist klar zum Schluss gelangt, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, als Stellvertreter für den Kanton einzuspringen. Wir haben jetzt auch den Voranschlag gesehen und die vielen traurigen Gesichter gegenüber einem lächelnden Gesicht. Auch der Präsident der Fireko hat vorher sehr bildlich dargelegt, dass sich der Finanzhimmel ziemlich verdunkelt hat über der Gemeinde Allschwil. Wir sind darum zur Auffassung gelangt mit 4 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung, dass der finanzielle Spielraum der Gemeinde Allschwil dies schlichtweg nicht erlaubt. Die Fireko empfiehlt dem Einwohnerrat, das Budgetpostulat abzulehnen.

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Als Nachbar von Basel profitiert unsere Gemeinde vom hochstehenden Theater Basel. Das ist dem Gemeinderat bewusst. Dementsprechend hat Allschwil in den vielen vergangenen Jahren mit CHF 20'000 einen hohen Betrag jährlich für das Theater Basel gesprochen und wird dies auch in Zukunft wieder tun. Der Gemeinderat ist wie die Fireko der Meinung, dass es nicht unsere Aufgabe ist, das fehlende Engagement des Kantons finanziell zu kompensieren. Der Kanton ist und bleibt in der Pflicht, dies zu korrigieren. Entsprechend haben wir Landräte, die sich dazu engagieren können. Wir können nur Gelder verteilen, die wir haben. Für das nächste Jahr ist ein Defizit budgetiert. Darum kommt eine Erhöhung nicht in Frage. Ich bitte Sie darum, das Budgetpostulat abzulehnen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Wir haben eine Eigenverantwortung. Wer etwas sehr Gebildetes hören oder sehen möchte, der soll sich das leisten. Man sollte aber auch die Demokratie akzeptieren. Wir hatten eine Abstimmung im Kanton und es hiess ganz klar, dass wir nicht mehr nach Basel bezahlen. Die ganze Geschichte wurde damals auch falsch verkauft von den Befürwortern. Sie haben uns probiert einzulullen. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen in Diskussionen, in Podiumsgesprächen etc., dass der Kanton 1% von seinen Steuereinnahmen unisono nach Basel schickt. Basel kann mit diesem Geld machen, was sie wollen. Das Theater Basel richtet sich primär europäisch aus. Sie möchten Touristen und Leute, die hier in der Chemischen arbeiten, mit Unterhaltung verwöhnen. Okay, das ist richtig. Dann müssen aber wir aus dem Speckgürtel dies sicher nicht bezahlen. Basel-Stadt hat dies natürlich gerochen und hat die Finanzierung ans Theater Basel gekürzt. Nachher hiess es ganz klar, dass Baselland bezahlen soll, so wie es auch jetzt hiess, schliesslich kämen viel aus dem Baselland ins Theater. Jetzt hat aber Baselland nein gesagt, wir bezahlen nicht mehr, weil es wieder eine Ungerechtigkeit wäre mit dem Steuerprozent. Dann könnte das Symphonieorchester und alles kommen und sagen, sie brauchen auch mehr Geld. Man sollte, wenn schon, über die Subventionierung als Ganzes reden und sagen, wir sollen 1,1% der Steuereinnahmen abliefern. Was ist passiert? Baselland möchte nicht bezahlen und Basel-Stadt springt in die Presche. Sie bezahlen nicht, weil sie Gut-Menschen sind, sondern sie bezahlen das, was sie einsparen wollten. Sie wollten ihre Rechnung besser machen. Nur weil die ihre Rechnung schön machen wollen, müssen wir unsere nicht knallrot machen, nur damit wir gut sind. In der Liste hat es auch geheissen, Therwil bezahlt 0, wir bezahlen CHF 20'000 pro Jahr. Also, Schönenbuch, das ist auch Speckgürtel, Therwil zählt sich auch dazu. Jedenfalls gibt es Gemeinden, die nichts bezahlen, wir bezahlen CHF 20'000. Ich weiss von vielen Leute, die lange ins Theater gegangen sind und nun ihr Abo gekündigt haben, weil das Angebot nicht mehr auf der Stufe von normal denkenden Leuten ist. Diejenigen, die solche hyperventilierten Darbietungen geniessen möchten, die können das selber tun. Sie können das bezahlen und dort ihre Freude haben. Es kann nicht sein, dass wir als Gemeinde so viel Geld bezahlen. Es heisst, es sei nur CHF 1 pro Person. Es heisst immer dort CHF 1, dort nur CHF 0,5, aber am Schluss finanzieren wir mehr, als wir Steuereinnahmen haben.

**Rita Urscheler**, Grüne Fraktion: Josua, du hast es bereits gesagt, wieso wir dem zustimmen sollten. Der Kanton hat es abgelehnt, aber Allschwil hat es angenommen. Wir haben den Auftrag der Allschwiler, dass wir hier mitmachen sollten. Ja, Allschwil hat angenommen. Diejenigen, die uns gewählt haben, wollten mehrheitlich, dass wir mehr Geld geben. Basel-Stadt übernimmt mehr Geld, das ist klar, die wissen auch wieso. Die wissen, was das Theater wirtschaftlich bringt, auch dazu gibt es Studien. Es geht nicht nur um ein sehr hoch stehendes Theater, sondern es geht um die Wirkung, die das Theater hat in der Region und darüber hinaus. Das darf man nicht unterschätzen. Ich arbeite beruflich viel mit Expats zusammen. Man weiss genau, dass dies gute Steuerzahler sind. Sie kamen hierher, weil sie gut qualifiziert sind, weil sie gut bezahlte Stellen erhalten. Für diese sind Sachen wie das Theater sehr wichtig, und diese wohnen zum Teil auch in Allschwil. Das sind wichtige Standortvorteile, die wir auch unterstützen müssen. Und wir Allschwilerinnen gehen auch ins Theater. Ich gehe ins Theater und ich sehe viele Einwohner von Allschwil. Es ist eine Sache der Fairness, wenn wir ein bisschen mehr bezahlen, als wir es jetzt tun. Wir haben heute Abend schon viel gespart, indem unsere Anliegen von uns Grünen nicht durchgekommen sind. Ich votiere dafür, dass wir dem Theater mehr Geld geben.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Erstens: Wenn ihr einen Sponsorenbeitrag ans Theater Basel leisten möchtet, dann stehen euch die Türen auf privater Ebene offen. Es kann jeder das Portemonnaie öffnen und etwas geben. Es sind hochqualifizierte Leute, die ein Einkommen haben, das wahrscheinlich drei- bis viermal so hoch ist wie meines. Da spielt es keine Rolle, wenn sie 100% oder 150% bezahlen müssen. Das ist für diese Leute nichts. Ich sehe nicht ein, weshalb man diese hoch qualifizierten Leute subventionieren soll. Ich gehe nicht ins Theater und es gibt andere, die auch nicht gehen. Man bezahlt mir den Fussballmatch auch nicht zu 50%. Wenn ich Fussball schauen möchte, dann muss ich das auch selber bezahlen. Das ist ein Freizeitangebot, das muss jeder selber bezahlen. Demokratie ist nun mal Demokratie. Es war eine kantonale Vorlage und keine Gemeindevorlage. Es wurde abgelehnt und damit fertig.

**Cedric Roos**, Präsident: Ordnungshalber möchte ich darauf hinweisen und bitten auf Zwischenrufe zu verzichten.

---

**Philippe Hofmann**, CVP-Fraktion: Es ist egal, wer ins Theater geht und wer nicht. Es geht um etwas ganz anderes. Es geht nämlich darum, ob wir CHF 40'000 oder CHF 20'000 bezahlen. Das Argument, das gebracht wurden, nur weil die anderen bezahlen, bezahlen wir auch, das ist kein Argument. Nur wenn jemand anders spart, dann heisst das nicht, dass wir selber auch sparen müssen. Wir bezahlen CHF 20'000, dieser Beitrag wurde bestimmt und das ist gut. Mehr braucht es nicht. Es kann in keiner Art und Weise sein, wenn der Kanton nicht bezahlt, dass wir als Gemeinde dann in die Bresche springen müssen.

**Jérôme Mollat**, FDP/GLP-Fraktion: Ich kann mich dem Votum des Vorredners anschliessen. Auch die FDP/GLP-Fraktion anerkennt den Wert des Theaters für die Region. Wir sind aber mehrheitlich der Meinung, dass es nicht Sache der Gemeinde sein kann, für den Kanton in die Bresche zu springen.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Wir reden jetzt von den Besuchern. Es werden aber auch täglich Klassen im Theater sein, es gibt Leute, die eine Stage machen, es ist ein Teil der Bildung. Ich meine, man müsste auch dort die Unterstützung zeigen. Wenn der Kanton und meine Kollegen im Landrat – ich war damals noch nicht dabei – dies abgelehnt haben, dann heisst das nicht, dass wir alles weglassen. Wenn wir als Gemeinde, und wir sind die grösste im Speckgürtel, einen Beitrag dazu leisten, dass die Kinder weiterhin ins Theater gehen können, dann könnten wir das ein Jahr mal machen, das haben wir bei anderen Sachen auch schon gemacht. Ich unterstütze das, dass wir CHF 20'000 zusätzlich bezahlen. Auch wenn ich der Meinung bin, dass es ist nicht unsere Aufgabe ist. Aber wenn der Kanton halt mal dies nicht macht, und das macht er ab und zu, dann muss man halt ein bisschen schauen.

**Kathrin Gürtler**, FDP/GLP-Fraktion: Ich bin selber auch eine Theaterbesucherin. Persönlich meine ich, dass wir gut von CHF 1 pro Einwohner auf CHF 2 gehen können. In der Aufstellung, die uns vom Gemeinderat zur Verfügung gestellt wurde, sind die Gesamtbeträge ausgewiesen. Wenn man es herunterrechnet, dann sieht man, dass es einige Gemeinden hat, die jetzt schon mehr als CHF 1 pro Einwohner bezahlen im 2010. Wir profitieren als Gemeinde von der grossen Auswirkung des Theaters. Es ist kein Geheimnis, dass es für viele Expats eine Rolle spielt, welches Freizeitangebot in einer Region ist. Da ist das Theater Basel ein Argument, das positiv wirkt. Wir profitieren davon wieder, wenn sie Wohnsitz in unserer Gemeinde nehmen oder wenn wir in der glücklichen Lage sind und eine internationale Firma bei uns Steuern bezahlt. Beim Fussball, der genannt wurde, wird nicht direkt subventioniert, aber er löst hohe Sicherheitskosten aus, die wir auch alle tragen. Ich bin dafür, dass jeder seine Freizeit so gestalten soll, wie er möchte, und dass man überall direkt oder indirekt über Sicherheitskosten, die allgemein getragen werden, etwas beiträgt. Es geht nicht darum, dass man eine Geldverschiebung zugunsten des Theaters macht, sondern dass man diesen Betrag für die Kultur heraufsetzt.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich muss doch ein paar Sachen klarstellen. Wir bezahlen bereits CHF 1 pro Einwohner, ein zweiter ist zuviel. Es ist nicht demokratisch, wenn man sagt, dass man gesamthaft abgelehnt hat, aber der einzelne das wollte. Fangen wir das auch hier drin an? Dann könnte ich öfters sagen, dass ihr dagegen seid, aber ich dafür, also könnte man dies doch machen. Zu Andreas Bammatter: Es hiess, die Allschwiler Landräte sollen dies in Liestal forcieren. So viel Einfluss haben die Allschwiler dort oben leider nicht, sonst wäre vieles besser, dann hätten wir die Südumfahrung etc. Der Subventionierung des Theaters hat der Landrat zugestimmt. Auch wenn du nicht dabei wart, sie haben zugestimmt. Die SVP hat das Referendum ergriffen mit der Unterstützung der FDP. Das wurde belächelt und, was ist passiert, es ist durchgekommen. FC Basel kriegt nichts, das Hübse-Theater kriegt nichts, die Fasnacht kriegt von Allschwil auch nichts. Sollen wir jetzt jedem grösseren Anlass etwas bezahlen pro Einwohner? Das ist nicht unsere Aufgabe. Ich glaube, man kann zufrieden sein mit dem, was wir machen. Am Anfang im Einwohnerrat habe ich die CHF 20'000 bekämpft, nun habe ich mich damit abgefunden. Aber mehr gibt es nicht.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Rita hat vorhin gesagt, sie hätte es nicht geschafft, Josua in der Geschwindigkeit zu überholen, ich hoffe, ich schaffe es nicht in der Länge. Kathrin, Danke, ein dickes Merci. Du hast die Hälfte weggenommen, ich habe fast keine Chance mehr, Josua zu schlagen. Der Ruf der Region ist ein Ruf der Kultur, nicht nur von der Wirtschaft. Kultur und Bildung ist in unserer Region sehr hoch. Kultur mit Museen, Messen etc. sind Magnete, die die Leute hierhin bringen. Josua, zur Fasnacht. Die Fasnacht kriegt einen Batzen der Gemeinde und sie hat einen Haufen

---

Sicherheitsmassnahmen drum herum. Das weißt du auch von den Bussen, Umlenkungen, das muss die Gemeinde übernehmen. Dass die Schule vom Theater profitiert, das ist ganz klar. In der Sekundar A gehen die Schülerinnen und Schüler ins Stadttheater und machen dort am Jugendkulturfestival mit. Wenn Leute hier drin sind, die in der Sek A waren und dies nicht erlebt haben, dann haben sie einfach gefehlt. Am Kulturfestival macht die Sek A mit. Der Zugang zum Theater und zur Kultur wird gezeigt und geöffnet. Kultur ist nicht elitär, Kultur ist eine Frage von Interesse und Wissen. Kultur muss man lernen. Zu Kultur muss man einen Zugang haben, der vielleicht intellektuell ist, im Sinn von ohne Lesen und ohne Zuhören geht es nicht. Die Schule probiert das zu machen. Man kann nicht sagen, weil es elitär ist, gehen sie nicht dorthin. Ich kann nur alle einladen, die es nicht kennen und dies dummerweise in der Schule oder mit den Eltern verpasst haben. Man sagt immer Hübse-Theater und Baseldeutsche Bühne, ich hoffe, dorthin gehen die Leute, die sagen, dass sie das Theater nicht brauchen. Egal wohin, Kultur ist breit und Kultur ist gross. Motzen über Kultur kann man nicht. Kultur kann man geniessen, ein Spiegel der Gesellschaft und unserer Umwelt und unserer Geschichte. Sport kann man einfach machen oder geniessen. Ich hoffe, dass es uns nicht zu viel ist, diese Chance zu packen, dass die Kultur in unserer Region bleibt.

**Philippe Hofmann**, CVP-Fraktion: Es war vorhin die Rede davon, dass der Ruf der Region davon abhängt. Ob wir CHF 20'000 mehr geben oder nicht, geht der Ruf der Region sicher nicht bachab. Ich weiss nicht, wie es heute heisst. Sek A, ich bin früher ins PG und ging nicht ins Theater. Ich durfte im Gym ins Theater, ob mich das weiter gebracht hat oder nicht, das sei dahingestellt, das ist auch nicht sehr wichtig. Wenn jemand ins Theater gehen möchte, dann soll er gehen. Aber es kann nicht die Aufgabe der Gemeinde sein, dass wir als Gemeinde dies in einem Anfall von Hyperaktivität unterstützen, wo andere fehlen.

**Cedric Roos**, Präsident: Es gibt keine weiteren Redner mehr, wir kommen zur Abstimmung.

**://:**

Das Budgetpostulat wird mit 21 zu 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

625 01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 2.1.8**

Budgetpostulat Julia Gosteli / Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, betreffend  
011-311.01 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge Einwohnerrat, Geschäft 4019B.8

---

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Auch ich kann mich kurz fassen. Die Fireko ist mehrheitlich der Auffassung, dass dort, wo Technik sinnvoll ist, sie eingesetzt werden soll. Ein Visualizer kann in der Tat sehr sinnvoll sein, zumal wir nicht immer vor der Sitzung eine Mail erhalten, wo es heisst, dass man die Anträge vorher schriftlich einreichen muss. Mit dem Visualizer kann man schnell reagieren, wenn der schriftliche Antrag in Papierform und nicht in Folienform eingereicht wird. Die Fireko empfiehlt diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

**Matthias Lochmann**, FDP/GLP-Fraktion: CHF 7500 sind absolut übertrieben. Die Anschaffung steht in keinem Kosten/Nutzen-Verhältnis. Ich habe im Internet nachgeschaut, es gibt ein solches Gerät für CHF 1000. Ich bitte deshalb, diesen Antrag auf CHF 1000 zu kürzen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ein Visualizer ist eine dicke Sache, im Landrat haben sie auch so ein super Gerät. Es ist wirklich praktisch, man kann jederzeit, wenn man einen Antrag von Hand schreiben möchte, diesen auflegen und man muss keine Folien zur Hand nehmen. Die Frage stellt sich nach dem Betrag. Ich war jetzt erstaunt, dass er etwas für CHF 1000 gefunden hat. Ich habe etwas gefunden für CHF 3000 und knapp CHF 2500. Das sind gute Geräte, Schweizer Anbieter und nicht im Ausland, wo man mit dem Euro günstig einkaufen kann. Für dieses Geld, das hier beantragt wird, könnte man zwei Luxusgeräte kaufen. Und für den Einsatz, der gedacht ist, es ist ja primär hier drin, reicht ein einfaches Gerät, das keine grosse Verkabelung braucht mit allen möglichen Zusatzgeräten mit Laptop etc. Den Betrag kann man sicher heruntersetzen, auf welchen Betrag möchte ich mich nicht festlegen, aber sicher

---

nicht in der Höhe. Man könnte den Betrag auch hinausnehmen und sagen, dass die Gemeinde preiswert ein Gerät kauft für die Bedingungen hier drin.

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Bei der Begründung beim Gemeinderat steht, dass ich persönlich mit der IT-Abteilung Rücksprache gehalten habe und Offerten eingeholt habe. Dementsprechend habe ich den Betrag eingesetzt. Wenn wir weniger Geld für einen Visualizer ausgeben, dann ist mir das noch so recht. Ich habe das so in Absprache mit der IT-Abteilung gemacht. Es ist nicht meine Recherche, sondern ich habe die IT beauftragt, dies zu tun.

**Cedric Roos**, Präsident: Möchte der Gemeinderat dazu Stellung nehmen? Das ist nicht der Fall. Dann kann ich noch bilateral den Antragstellern sagen, dass der Betrag von CHF 7000 nicht ausgeschöpft werden muss. Möchtet ihr trotzdem an den Anträgen festhalten, Reduktion auf CHF 1000? Gut, dann stellen wir das vorerst gegenüber.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Auch der Fireko ist der Betrag aufgefallen und wir haben uns gefragt, ob das Gerät wirklich CHF 7500 kostet. Wir sind allerdings keine Fachleute. Julia Gosteli hat Rücksprache mit der IT-Abteilung genommen. Wir sind in der Diskussion zum Schluss gekommen, dass wir den Betrag unverändert belassen. Es ist keine Verpflichtung so einen teuren Visualizer zu kaufen. Wenn er weniger kostet, dann geben wir auch weniger aus. Es geht darum, dass wir diesen Betrag freistellen.

**Cedric Roos**, Präsident: Dann stimmen wir zuerst konsultativ darüber ab, ob überhaupt ein Visualizer gewünscht ist.

**://:**

Das wird grossmehrheitlich angenommen.

Nun kommen wir zur Festlegung des Betrags im Budget, da sind CHF 7500 dafür eingestellt.

**://:**

Das ursprüngliche Postulat obsiegt mit 25 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Der Ordnung halber kommen wir nochmals zum Budgetpostulat als solches.

**://:**

Das Budgetpostulat wird grossmehrheitlich angenommen.

626 01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 2.1.9**

Budgetpostulat Stephan Wolf / Jérôme Mollat, FIREKO, betreffend  
Pos. 301.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, im besonderen  
Zusammenhang mit Mehraufwand für neu zu schaffende Stellen, Geschäft 4019B.9

---

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Das ist ein Budgetpostulat, das von der Fireko selber stammt. Wir haben im Budget gesehen, dass die Aufstockung von 8,6 Vollzeitstellen vorgesehen ist. Wir haben auch gesehen, dass sich der Finanzhimmel sehr verdunkelt hat. Es droht ein strukturelles Defizit. Wir waren deswegen der Auffassung, dass sich die Gemeinde Allschwil eine derart hohe Aufstockung nicht leisten kann. Darum stellt Ihnen die Fireko den Antrag, dass man diese Budgetposition um CHF 200'000 vermindert. Das sind in etwa 2 Vollzeitstellen, wobei man es natürlich dem Gemeinderat überlassen möchte, wo die zwei Stellen gespart werden sollen. Wir meinen, dass die Finanzen der Gemeinde dies nicht verkraften. An der Sitzung, wo die Budgetpostulate beraten wurden, hat die Fireko einstimmig beschlossen, dem Einwohnerrat Zustimmung zu diesem Budgetpostulat zu empfehlen.

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat beantragt Ihnen die Ablehnung von diesem Budgetpostulat. Dies natürlich im Wissen darum, dass die finanzielle Situation nicht mehr so rosig ist wie auch schon, aber auch im Wissen darum, dass wir in der Gemeinde Allschwil gutes und qualifiziertes Personal weiterhin brauchen. Nicole Nüssli hat im Rahmen vom Finanzplan und vom Budget darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Allschwil eine klare strukturierte Personalpolitik hat und umsetzt, dass bei jeder Vakanz die Stelle überprüft wird, nach Optimierungen gesucht wird und letztendlich jede Stelle neu definiert wird, wenn wir eine Stelle neu zu besetzen haben bei einem natürlich Abgang. Wir hatten Mitte der 90er-Jahre eine Strukturanalyse der Gemeinde Allschwil. Dort wurde damals aufgrund der Strukturanalyse ein Stellenschlüssel beschlossen. Ich darf Ihnen sagen, dass wir nach rund 15 Jahren in der Gemeinde Allschwil unter dem Strich nach wie vor unter dem damals beschlossenen Stellenschlüssel sind. Wenn man die Aufgaben und Anforderungen anschaut, die an das Gemeinwesen gestellt werden, die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden anschaut, dann ist es eine sehr reife Leistung, wenn wir den damals beschlossenen Stellenschlüssel heute noch nicht ausschöpfen. Dies ist ein Hinweis darauf, wie ernst im Gemeinderat die Personalpolitik ist und mit welcher Umsicht hier gehandelt wird. Wenn ich das Budget anschau, dann gebe ich grundsätzlich der Fireko recht. Wenn wir die Löhne vom Verwaltungspersonal im Budget anschauen, dann gibt das in der Tat einen Mehrbetrag von CHF 1'160'000. Dort drin sind aber nicht nur mehr Löhne, sondern wir haben auch die Teuerung dort drin von CHF 128'000. Wir haben auch den Erfahrungsstufenanstieg dort drin, der sich aus dem Personalreglement heraus ergibt von CHF 160'000, so dass wir in etwa von CHF 288'000 reden, also rund CHF 300'000, die systembedingt anfallen. Damit reden wir von rund CHF 872'000 Mehrkosten. Wie sich die Mehrkosten zusammensetzen, haben wir der Fireko gezeigt auf unserem Blatt bezüglich Pensenveränderungen, im Vergleich Budget 2011 zu 2012. Es ist relativ einfach erkennbar, wo bis anhin mit Schwergewicht Stellen geschaffen wurden. Es gibt bei den Sozialen Diensten, kaufmännische Mitarbeiterin, Stellenprozente im Sekretariat von zusätzlich 100% aufgrund der zunehmenden Belastung bei den Sozialen Diensten, eine kaufmännische Mitarbeiterin. Dann haben wir bei den Sozialen Diensten, das hat der Einwohnerrat verlangt und beschlossen, zwei 100%-Stellen geschaffen. Zusätzlich also 200% für die Soziale Arbeit. Wenn man die sozialen Bereiche weiter anschaut, dann stellt sich die Frage, wo man noch Handlungsbedarf hat bzw. Handlungsfreiraum. Mit der Sozialarbeiterin, Fachstelle für Altersfragen, haben wir grundsätzlich den Vertrag, das wird per 1.1.2012 umgesetzt werden. Dann gibt es Themen, die offen sind, da kann man politisch darüber diskutieren, da geht es um berufliche Integration, Fachstelle berufliche Integration und Schulsozialdienst, Stufe Primarschule. Ich nehme an, dass sich der Einwohnerrat dazu äussern wird. Das sind Zielsetzungen, die sich der Gemeinderat zu Beginn der Legislaturperiode im Strategiepapier gesetzt hat und die jetzt umgesetzt werden sollen. Eine andere wichtige Position ist der Hochbau. Dieses Departement ist zurzeit stark belastet, es gibt auch viele Anforderungen, die vom Gemeinderat an das Departement herangetragen werden. Es geht also bei uns nicht nur um die Mühle, sondern es gibt noch 200 andere Geschäft mehr von mindestens ebenso dieser Dimension. Es wird langsam schwierig, die Geschäfte alle unter Dach und Fach zu bringen. Sie kennen alle die Konzepte, die verlangt wurden von Grün- bis Alterskonzept. Das sind alles Umsetzungen, die komplex sind und angegangen werden müssen. Ein ähnliches Thema haben wir bei der Hauptabteilung Zentrale Dienste, Präsidiales, mit der Problematik, dass wir nach wie vor jemand brauchen im HRM. Dort will der Gemeinderat jemanden anstellen, der in der Lage ist, das HR in Eigenregime zu führen und gleichzeitig auch die Stellvertretung der Verwalterin machen kann. Bei anderen Positionen haben wir keinen Handlungsbedarf. Kreditorenbuchhaltung, Frau Scherrer geht in Pension, sie muss ersetzt werden. Und dann möchten wir hier drin sicher nicht darüber reden, ob wir eine Gärtner-Lehrstelle, eine Fachstelle FBU, das ist eine Lehrstelle, oder Fachangestellte Betreuung Jugendfreizeithaus, eine Lehrstelle angehen möchten. Der Handlungsspielraum ist sehr klein. Wir können Ihnen bei jeder einzelnen Position bis ins Detail erklären, weshalb wir das gemacht haben. Ich bitte Sie dieser Ernsthaftigkeit des Gemeinderates Rechnung zu tragen, im Bewusstsein, dass wir erstmals seit 15 Jahren einen markanten Anstieg haben in der Lohnsumme.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Als Mitglied der Personalkommission kann ich euch versichern, dass die Gemeinde darauf schaut, welche Stellen sie belegt. Es ist allgemein bekannt, dass wir unter dem Stellenplan sind. Das sind in gewissen Abteilungen zu wenig Angestellte. Wenn man diese Stellen alle ausschöpfen würde, die man eigentlich könnte, dann würde das finanziell ganz anders aussehen. Der Gemeinderat hat eine Entlöhnung für einen 25%-Job, wo wir alle wissen, dass die 25% nicht reichen. Der Gemeinderat macht viel Freiwilligenarbeit. Wenn er dies alles einfordern würde, dann würde es nochmals anders aussehen. Es ist jetzt einfach so, wir haben Veränderungen, speziell bei den Sozialen Diensten, weil die Gesetzgebung geändert hat. Was wir früher in einer Stunde erledigen konnten, geht heute in der Sozialhilfebehörde zwei Stunden oder noch länger. Sobald wir hereinkommen, sehen wir die Biege.



---

Diese Sachen sind auch komplexer geworden. Das ist leider berechtigt, dass der kaufmännische Bereich aufgestockt werden musste. Diese Fälle werden komplexer, es ist manchmal zum Haare ausreissen, was wir für Aufgaben übernehmen müssen, die vom Kanton diktiert werden. Das wird vom Kanton diktiert, weil es der Bund macht. Da können unsere Landräte nichts dafür, wir müssen einfach umsetzen. Es wäre schön, wenn wir das Geld einsparen könnten. Aber wir müssen schauen, dass sich unsere Gemeinde nicht selber lahm legt.

**Jean-Claude Bourgnon**, SP/EVP-Fraktion: Die Fraktion der SP/EVP beantragt Ihnen, dieses Budgetpostulat abzulehnen und dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Es wurde bereits gesagt, es ist nicht nur eine Frage der Quantität, wo die Arbeitslast zunimmt, sondern auch von der Komplexität. Ich möchte dies hier nicht wiederholen, ich möchte aber kurz ein paar Sätze weiter ausholen. Es gab vor nicht langer Zeit eine Untersuchung von der OECD, das ist die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa, die die Standortqualität angeschaut hat. Die Schweiz hat einen sehr grossen Vorteil, weil sie auf allen drei Ebenen, Bund, Kanton und Gemeinden, nicht nur eine gut qualifizierte, sondern auch eine ausreichend dotierte Verwaltung hat, die das wirtschaftliche Fortkommen nicht behindert.

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schliesst sich grundsätzlich der Argumentation der Fireko an. Wir sind der Meinung, dass der Personalausbau, die Bestandserhöhung um fast 6 Vollzeitstellen, finanzverträglicher abgewickelt werden sollte. Die Erhöhung um rund CHF 800'000 für den Personalaufwand und CHF 200'000 für das Budgetjahr 2012 soll gekürzt werden und in Abhängigkeit der Prioritäten im 2013 auf den geplanten Bestand erhöht werden. Deshalb sind wir für Annahme von diesem Budgetpostulat.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Jérôme und Stephan, zum Glück sind wir keine Sportler mehr. Gemütliche kulturbeflissene Leute, ich müsste euch beiden eine gelbe Karte geben. In eurem Antrag steht drin „es soll im Ermessen des Gemeinderates und der Verwaltung sein, welche Stellen besetzt werden sollen“. Wäre es in der anderen Richtung, in der Entscheidung des Gemeinderates, wo er etwas mache möchte, würde man von einem Gieskannenprinzip reden. Wir überlassen es dem Gemeinderat und der Verwaltung, wo sie etwas wegnehmen wollen. Da würde ich ganz einfach als Pädagoge von einem Fließblattprinzip reden, das haben wir doch nicht nötig. Wir brauchen kein Fließblattprinzip „er soll machen, wo er will“, genauso wenig wie das andere.

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Die Fireko hat den Antrag absolut perfekt gemacht. Es ist grundsätzlich Sache des Gemeinderates wie er die Lohnsumme und die Aufträge umsetzt. Das ist korrekt, das möchte ich nur klarstellen.

**Kathrin Gürtler**, FDP/GLP-Fraktion: Wir haben im Budget einen massiven Anstieg der Personalkosten. Dabei müssen wir bedenken, dass eine neu geschaffene Stelle wiederkehrende Kosten verursacht und das über Jahrzehnte. Niemand hier im Saal streicht gerne Stellen. Wie es herauskommt, wenn man strukturelle Ausgaben hat und nicht die entsprechenden Einnahmen, das sehen wir jetzt leider im Kanton. Ich möchte nicht, dass Allschwil in diese Situation hineinkommt, dass man bei einem strukturellen Defizit anfangen muss zu sparen, das macht allen sehr weh. Wenn es einen erhöhten Personalbedarf gibt, wäre mein Vorschlag, in Spitzenzeiten dies mit befristeten Stellen zu überbrücken. Der Vorteil von denen ist, dass man weiss, wie lange die Kosten entstehen. Wir von der FDP/GLP-Fraktion unterstützen den Antrag der Fireko.

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Toni, ich habe eine Verständnisfrage. Habe ich es richtig verstanden, dass es eine neue Hauptabteilungsleiterstelle für das Personalwesen? Wer hat denn das früher mit dem HR gemacht?

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Die Situation ist die, dass wir von der alten Konstellation ausgehen, dass der damalige Verwalter das Personalwesen gemacht hat. Der damalige Verwalter Stellvertreter hat die Verwaltung geführt, dies vor allem beim technischen Verwaltungsbetrieb. Das hat natürlich immer Schnittstellen gegeben, das ist klar. Dann war es so, dass der Verwalter Stellvertreter verstorben ist und

---

der Verwalter in Pension gegangen ist. Dann haben wir eine neue Verwalterin angestellt, und seither sind die ganzen Positionen, Verwaltungsführung und HR, in der Person von der heutigen Verwalterin konzentriert. Die verschiedenen Funktionen von Herrn von Rohr sind aufgeteilt worden, das ist der Verstorbene. Da ist zum Beispiel das Gemeinderatssekretariat, das jetzt ein Mitarbeiter führt zusammen mit der Kommunikation. Dann hatten wir den Rechtsdienst. Im Rechtsdienst hatten wir eine Person, die gekündet hat, die im Rechtsdienst gestartet hat, eine Hauptabteilung übernommen hat und dann wieder in den Rechtsdienst gekommen ist, und somit die Stellvertretung wieder wahrnehmen konnte. Somit war zumindest eine Stellvertreterfunktion vorhanden. Seit diese Person gegangen ist, haben wir keine richtige Stellvertretung für die Verwalterin. Das hat dazu geführt, dass der Gemeinderat beschlossen hat eine Stelle auszuschreiben, die vor allem die Personalleitung zur Aufgabe hat und gleichzeitig die Stellvertreterfunktion wahrnimmt. Das führt dazu, dass die heutige Verwalterin entlastet wird und für die departementsübergreifenden Projekte mehr Kapazitäten hat und gleichzeitig für die gesamte Verwaltungsführung. Verbunden mit der ganzen Thematik führt es effektiv zu zusätzlichen 70 Stellenprozenten mit anderen Vakanzten, wo wir effektiv ein plus haben. Das waren die Überlegungen des Gemeinderates als wir die Stelle beschlossen haben. Die Ausschreibung ist am laufen und es finden Vorstellungsgespräche statt.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung.

**://:**

Das Budgetpostulat wird mit 18 zu 13 Stimmen bei 5 Enthaltungen nicht überwiesen.

627 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.10**

Budgetpostulat Stephan Wolf /Jérôme Mollat, FIREKO, betreffend  
Post. 301.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, Geschäft 4019B.10

---

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Auch das ist ein Budgetpostulat der Fireko selbst. Wir haben an der letzten Einwohnerratssitzung die fünfte Ferienwoche für das Gemeindepersonal bewilligt, hauptsächlich mit der Argumentation, dass wir analog verfahren wie beim Kanton. Die Kantonsangestellten haben auch eine fünfte Ferienwoche erhalten, und da haben wir gesagt, dass die Gemeinde nicht schlechter gestellt werden sollte. Als Konsequenz sind wir aber der Auffassung, dass wir dann den Teuerungsausgleich streichen sollten, wie das bei den Kantonsangestellten auch der Fall ist. Wir sehen keinen Grund, dass die Gemeindeangestellten gegenüber den Kantonsangestellten so privilegiert werden sollen, indem die Gemeindeangestellten die fünfte Ferienwoche und den Teuerungsausgleich bekommen, was bei den Kantonsangestellten nicht der Fall ist. Die Fireko empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Das ist nicht ganz so einfach. Im Personalreglement vom Kanton Paragraph 49 steht, jedes Jahr tut der Landrat auf Antrag der Regierung in Absprache mit den Personalverbänden die Teuerung beschliessen. Das ist der Mechanismus im Kanton. Die Gemeinde Allschwil ist grundsätzlich frei bei der Auszahlung der Teuerung und wir haben die Praxis, dass wir uns grundsätzlich daran orientieren, was der Kanton macht. Das ist die Ausgangslage. Dann gibt es aber doch zwei Unterschiede, die man selbstverständlich denken darf. Es ist in der Gemeinde Allschwil noch lange nicht so prekär wie beim Kanton. Darauf darf man hinweisen, bitte malt nicht allzu düstere Wolken. Wir investieren und vernichten nicht Geld. Das neue Schulhaus ist von zentraler Bedeutung für die Gemeinde Allschwil. Das ist der grosse Belastungsposten im Finanzplan. Wir reden bei der Teuerung von CHF 128'000 bei 1%. Gemäss Landratsvorlage reden wir zurzeit von 0,4% Teuerung, die ausbezahlt wird. Wir bezahlen in der Gemeinde Allschwil nie einfach die Teuerung von 1% aus, wir bezahlen immer nur die Teuerung, wie sie im Mittel über das ganze Jahr vom Kanton berechnet wird. Man rechnet das von Januar bis Dezember, das sind zurzeit 0,4%. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir beim Personal die 0,4% Teuerung auszahlen können und dass dies mit der Finanzlage noch vertretbar ist. Wenn wir die Teuerung nicht auszahlen, dann möchte ich auf eine interessante Praxis beim Kanton hinweisen. Die Personalverbände argumentieren so, dass die Teuerung dann nicht aufgehoben wird,

---

sondern sie wird aufgeschoben. Die nicht ausbezahlte Teuerung sollte zu einem späteren Zeitpunkt zur Auszahlung kommen. Das ist Fakt und das weiss ich relativ genau. Das ist die Situation, dann müsste man dann diskutieren, ob aufgehoben oder aufgeschoben wird. Sie haben den Antrag des Gemeinderates gelesen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Mit der Überweisung von diesem Budgetpostulat begeben wir uns auf Glatteis. Dem sage ich schon bald unseriöse Politik. Wir haben in der letzten Einwohnerratssitzung das mit der fünften Ferienwoche bewilligt, haben es den Mitarbeitenden kommuniziert, sie wissen, dass keine weiteren Bedingungen an die fünfte Ferienwoche geknüpft sind und jetzt, kurz vor Weihnachten, machen wir ihnen ein Geschenk und ziehen ihnen das weg. Wenn das ein Bedarf ist, weshalb ist der Antrag nicht in dieser Debatte gekommen? Das hat mich damals schon erstaunt, aber ich fand, man muss ja die Leute nicht drauf lüpfen. Es wird immer wieder gelobt, wie die Gemeindemitarbeitenden gut arbeiten und man sagt ihnen danke. Gebt Ihnen doch so ein Dankeschön.

**Nedim Ulusoy**, Grüne Fraktion: Jetzt ist es doch noch passiert, Josua M. Studer und ich sind uns einig. Auch ich wollte darauf hinweisen, dass wir an der letzten Einwohnerratssitzung beschlossen haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde ein Geschenk zu machen. Es ist Weihnachten, Zeit der Geschenke. Haben Sie schon mal jemandem ein Geschenk gemacht und dann gesagt, das kostet aber etwas? Das finde ich absolut unüblich und ich bitte Sie, das Geschenk, das wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde machen, indem die Stellen seit Jahren unterdotiert sind, nicht verwässern und das Budgetpostulat abzulehnen.

**Jean-Claude Bourgnon**, SP/EVP-Fraktion: Ich schliesse mich den beiden Vorrednern an. Ich möchte auch zu Bedenken geben, dass die Teuerung, ob das ein gemittelter oder ein momentaner Wert ist, immer die unteren Einkommen überproportional hart trifft. Die Verweigerung eines Teuerungsausgleichs kann auch ein Motivationskiller sein.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Wir haben ein Jahr nach dem Kanton die fünfte Ferienwoche bewilligt. Wie Josua M. Studer richtig gesagt hat, hätten wir da die Teuerungsklausel einbauen können. Das haben wir nicht gemacht. Wir haben mit der Ferienwoche, die wir ein Jahr lang nicht gegeben haben, von der Lohnsumme zusätzlich 2% gespart, 48 zu 47 Wochen ergibt 2%. Jetzt müssen wir nicht hintendrein kommen, es ist gut so.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung.

**://:**

Wir haben Gleichstand, 15 zu 15 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Ich bin für Ablehnung dieses Budgetpostulats per Stichentscheid.

Die nächsten beiden Geschäfte 4019B.11 und 12 wurden von der SVP-Fraktion zurückgezogen.

628 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.11**

Budgetpostulat Pascale Uccella, SVP-Fraktion, betreffend  
Personalaufwand Erhöhung um 1,16 Mio. Franken Pos. 020-301, Geschäft  
4019B.11

---

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: Das Budgetpostulat 4019B.11 ziehen wir zurück.

**Cedric Roos**, Präsident: Wie angekündigt wurde das Budgetpostulat zurückgezogen. 4019B.12 wird auch zurückgezogen.

629 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.12**

Budgetpostulat Pascale Uccella, SVP-Fraktion, betreffend  
Finanzausgleich Gemeinden 921-362, Geschäft 4019B.12

---

*[Zurückgezogen]*

630 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.13**

Budgetpostulat Markus Gruber/Jérôme Mollat/Rahel Balsiger/Kathrin Gürtler,  
FDP/GLP-Fraktion, betreffend „KG Einzugsgebiet Dorf (Planung)“, Geschäft  
4019B.13

---

**Markus Gruber**, FDP/GLP-Fraktion Auch dieses Postulat wird zurückgezogen.

**Cedric Roos**, Präsident: Auch dieses Postulat wird zurückgezogen. Das ist gut, so kommen wir speditiver voran.

631 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.14**

Budgetpostulat Markus Gruber/Jérôme Mollat/Rahel Balsiger/Kathrin Gürtler,  
FDP/GLP-Fraktion, betreffend „Fussweg Jugendfreizeithaus-Grabenring“, Geschäft  
4019B.14

---

**Markus Gruber**, FDP/GLP-Fraktion Dieses Budgetpostulat ziehen wir nicht zurück. Es ist alles schriftlich da, ich muss es nicht gross weiter erklären. Wir finden die CHF 120'000 sehr viel Geld, um dieses Weglein zu renovieren. Mit der Beleuchtung, die nice-to-have ist, hat es Sachen, die es nicht braucht. Bei Dunkelheit kann man auch das Trottoir nehmen und dort ohne grossen Umweg einen beleuchteten Weg benutzen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich kann mich auch kurz halten. Mit dem einfachen Argument, dass wir kein Geld haben, empfiehlt auch die Fireko, dem Budgetpostulat zuzustimmen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Wir beantragen Ihnen, dieses Budgetpostulat abzulehnen, damit das frühere Postulat nicht einfach vernichtet wird.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Die Begründung ist so gut umschrieben, da kann man gar nicht anders als ja sagen.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Abstimmung.

**://:**

Das Budgetpostulat wird mit 19 zu 16 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.

---

## **Traktandum 2.2 Detailberatung**

---

**Cedric Roos**, Präsident: Somit hätten wir die Budgetpostulate als einzelnes beraten, wir kommen zur Detailberatung zum Voranschlag 2012. Der 2. Vizepräsident führt sie durch den Voranschlag.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich weiss nicht, ob es der richtige Platz ist, um allgemein ein Votum zum Budget von den Parteien oder Fraktionen zu halten. Es geht heute ein bisschen schnell. Kommt das später? Ich möchte zum Budget allgemein das Fraktionsvotum halten und frage, wann das dran kommt.

**Cedric Roos**, Präsident: Grundsätzlich hatten wir das bereits, aber ich lasse das Votum zu.

**Barbara Selinger**, SP/EVP: Man durfte immer nur zu den Budgetpostulaten etwas sagen, aber nicht zum Budget 2012.

**Cedric Roos**, Präsident: Es war vor den Beratungen zu den einzelnen Budgetpostulaten offen, aber bitte geben Sie jetzt Ihr Votum ab.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich nehme für die SP/EVP-Fraktion Stellung zum Budget und halb auch zum Finanzplan. Ich möchte mich bei den Leuten, die mitgeholfen haben, bedanken, für die tollen Berichte, die wir alle lesen und studieren konnten. Unserer Fraktion ist aufgefallen, dass in der letzten Woche in den Medien oft von Gemeinden berichtet wurde, denen es ähnlich geht wie Allschwil. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in Allschwil in den letzten Jahren, das möchte ich auch im Namen unserer Fraktion würdigen, seit langem einen sorgfältigen und wie die letzten Abschlüsse gezeigt haben, einen erfolgreichen Sparkurs durchgezogen haben. Wir müssen jetzt aber voller Sorge, und da bin ich anderer Meinung als Gemeindepräsident Anton Lauber, in unsere finanzielle Zukunft schauen. Unsere bisherigen Bemühungen zu sparen wurden praktisch auf den Kopf gestellt durch die Kosten, die auf uns abgewälzt wurden vom Kanton. Mir kam ein Bild in den Sinn. Es kommt mir vor, als ob wir ein Einigvolk von Velofahrern sind. Wir Gemeindeleute buckeln und strampeln vor dem Kanton, der Kanton buckelt und strampelt vor dem Bund und wir sind zuunterst und darum haben wir die Kosten und müssen damit leben. Ich finde, die Kosten und Verpflichtungen, die uns auferlegt werden, da meine ich nicht nur das Budget 2012, sondern auch die weiteren, liegen so schwer auf, sodass wir einen Ansatz sehen in einer Steuererhöhung. Im Finanzplan steht es deutsch und deutlich, in welche Verschuldung wir in den nächsten Jahren hineinrasseln. Dem auszuweichen, finde ich die oberste Priorität. Darum sage ich persönlich, nicht unbedingt im Namen der Fraktion, dass mich diese Aussichten und Zahlen so aufgeschreckt haben, dass ich auch als Fireko-Mitglied Budgetpostulaten zugestimmt habe, die eigentlich nicht meinen politischen Grundsätzen entsprechen, sondern weil im Moment es wichtiger ist alles zu tun, damit wir eine bessere finanzielle Zukunft vor uns haben. Darum habe ich diesen zugestimmt, und jetzt bin ich froh, dass sie abgelehnt wurden. Trotz allen unseren Bemühungen, Kompliment an alle, die gespart haben in dieser Gemeinde, es hat nichts genutzt. Wir müssen uns mit den Fix-Kosten nun herumschlagen. Wegen dem sehen wir nun eine ganz andere Zukunft vor uns.

**Cedric Roos**, Präsident: Zur Orientierung. Wir befinden uns jetzt bei 2.2 Detailberatung. Ich gebe jetzt anderen Fraktionen auch die Möglichkeit Stellung zu nehmen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich habe meine Worte gesagt, aber jetzt möchte ich Frau Selinger eine verdammte Rüge austeilen. Es kann doch nicht sein, dass Sie als Kommissionsmitglied etwas abstimmen, ich einen Bericht erhalte, wo es heisst, dass die Kommission so entschieden habe. Das ist eine Irreführung. Ich werde informiert, dass die Kommission so abgestimmt hat. Das Papier brauche ich, um mir eine Meinung zu bilden. Sie sagen am Schluss, dass sie froh sind, dass es anders herausgekommen ist. Das ist eine Vortäuschung falscher Tatsachen.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte mich nicht auf dieses Niveau herablassen, aber es ist eine persönliche Beleidigung. Ich kann mich sehr wohl von Zahlen beeindruckt lassen und dementsprechend reagieren, weil ich mir Sorgen mache um diese Gemeinde. Das war mir im Moment wichtiger als alles andere, auch wenn mein Herz dabei geblutet hat. Ich bin nicht hier als Vertreterin zuerst von meiner Meinung, sondern es geht um die Zukunft der Gemeinde. Ich habe die Prioritäten anders gesetzt in der Kommissionssitzung. Als ich es nachher in der Fraktion nochmals diskutiert habe, habe ich gemerkt, dass die anderen Argumente für mich besser sind. Das darf man ja auch mal haben, dass man sich durch andere Meinungen umstimmen lassen kann. Ich bin keine Superfrau und ich wollte ehrlich sein und mich dazu stellen, dass ich dort ja gesagt habe aus voller Überzeugung. Jetzt haben mich die Argumente der Fraktion auch überzeugt.

**Cedric Roos**, Präsident: Ich bitte die kommenden Redner nur noch zur Sache zu reden.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Selbstverständlich hat jeder das Recht, seine eigene politische Meinung kundzutun. Ich meine aber, dass es gewisse Kraftausdrücke gibt, die der Volksvertretung nicht würdig sind.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Personen, die zur Sache ein Votum abgeben möchten? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir jetzt zur Detailberatung.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

### **7. Laufende Rechnung - Detail Artengliederung**

    Aufwand

    Ertrag

### **8. Laufende Rechnung - Detail funktionale Gliederung**

    0 Allgemeine Verwaltung

    1. Öffentliche Sicherheit

    2. Bildung

    3. Kultur und Freizeit

    4. Gesundheit

    5. Soziale Wohlfahrt

    6. Verkehr

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Auf Seite 41, hat mich der Sachaufwand CHF 690'318 dazu veranlasst einen Leserbrief im AWB zu veröffentlichen. Der Leserbrief hat Wellen geschlagen bei Gemeinderat Pfaff. Er hat mir entsprechend ein SMS geschickt, ich solle mich im nächsten AWB entschuldigen und eine Richtigstellung machen. Ich habe teilweise seinem Wunsch entsprochen, bin aber immer noch fest der Meinung, dass im AWB nicht die Gemeinde etwas informieren soll, was ab dem

---

nächsten Jahr sein wird, bevor es vom Einwohnerrat abgesegnet wurde. Klar hat der Gemeinderat gewisse Möglichkeiten, sich selber Geld für das Projekt zu bewilligen. Wenn es uns als Budget gegeben wird mit einer Erläuterung auf Seite 70, dass dieser Budgetposten höher ist, weil es mehr Tageskarten gibt, dann können wir das anzweifeln und sagen, dass wir bei den Tageskarten bleiben möchten. Die Tageskarten-Idee kam aus dem Rat und nicht vom Gemeinderat. Somit sollte dies wie bei der Autobahnvignette, wenn man sie erhöhen möchte, auch vors Volk gebracht werden. So ist es auch bei der Tageskarte. Klar werden wir dem nicht entgegenstehen, davon konnte der Gemeinderat ausgehen. Aber dann soll er doch bitteschön schreiben: „es ist vorgesehen ab Januar, eine Erhöhung..“. Ich bin erstaunt, weshalb es nicht der 1. Januar ist, sondern dass es Mitte Januar sein muss.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Ich stelle das gerne klar. Es ist Mitte Januar, weil genau zu dem Zeitpunkt die bisherigen zwei anderen Tageskartenset fällig sind. Wir haben damals, als wir es neu eingeführt haben, auf diesen Termin angefangen, weil es anfangs Januar nicht mehr möglich war. Somit ist es jedes Jahr das gleiche Spiel. Immer Mitte Januar, 16. oder 17., werden diese Erneuerungen fällig. Es macht durchaus Sinn, wenn man genau auf diesen Termin eine Erweiterung macht, weil die Erneuerung jedes Mal wieder neu bestellt werden muss. Wenn wir jedes Tageskarten-Set zu einem anderen Termin erneuern, dann wird es leicht umtriebiger und ich brauche noch ein paar Stellen mehr. Zurzeit sind es zwei, neu drei Mitte Januar, die sich erneuern und im Juli ist nochmals ein Termin, wo sich die anderen drei erneuern. Budgethoheit liegt beim Einwohnerrat, die Umsetzung des Budgets beim Gemeinderat. Sie hätten gerne ein Budgetpostulat einreichen können, um den Betrag bei der bisherigen Höhe zu belassen. Dann hätten wir im Juli bei der nächsten Erneuerung dies herabgesetzt, damit wir das Budget einhalten können gemäss Ihrem Wunsch. Was der Gemeinderat auf keinen Fall machen wird in dieser Sache, ist, die Budgetkompetenz des Gemeinderates anzuwenden nach Paragraph 15 Gemeindeordnung, das würden wir uns nie erlauben. Das ist für ausserordentliche dringende Angelegenheiten reserviert. Wieso hat man es bereits budgetiert? Die Abos ab dem 17. Januar zum Beispiel kann man seit dem 17. November reservieren, entsprechend haben wir sie am 17. Oktober bestellt, damit wir sie am 17. November im Haus haben. Wenn wir dies nicht angekündigt hätten, dann wüsste es die Bevölkerung nicht und wir riskierten, darauf sitzen zu bleiben, das kostet dann Geld. Sie erinnern sich, wir verkaufen diese kostendeckend. Wir haben unter dem Strich sogar bei einer Vollkostenrechnung einen knappen Gewinn. Insofern kostet dies den Steuerzahler keinen müden Rappen. Es ist eine reine Formsache im Rahmen der Bruttobudgetierung, dass wir sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen hinterlegen im Budget und Sie dies somit genehmigen dürfen. Wir haben Ihnen nichts vorweg genommen, Sie hätten jederzeit ein Budgetpostulat einreichen können und der Gemeinderat hätte sichergestellt, dass bis Ende Jahr das Budget eingehalten wird.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

7. Umwelt und Raumplanung

8. Volkswirtschaft

9. Finanzen und Steuern

**9. Investitionsrechnung - Detail Artengliederung**

Ausgaben

Einnahmen

**10. Investitionsrechnung, Detail funktionale Gliederung**

0 Allgemeine Verwaltung

1. Öffentliche Sicherheit

2. Bildung

3. Kultur und Freizeit

4. Gesundheit

5. Soziale Wohlfahrt

6. Verkehr

7. Umwelt und Raumplanung

Finanzen und Steuern

## **12. Verzeichnung der Investitionskredite**

0 Allgemeine Verwaltung

1. Öffentliche Sicherheit

2. Bildung

3. Kultur und Freizeit

4. Gesundheit

6. Verkehr

7. Umwelt und Raumplanung

**Cedric Roos**, Präsident: Damit ist die Detailberatung abgeschlossen. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates auf Seite 11 des Voranschlags.

### **Antrag 1**

Der Voranschlag 2012 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.

**://:**

Dem wird einstimmig zugestimmt.

### **Antrag 2**

Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer wird unverändert auf 58,0% der Staatssteuer festgelegt.

Da haben wir noch ein Budgetpostulat von Josua M. Studer.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Wir hatten in den letzten Jahren lange Diskussionen. Jeder weiss, wie was wo. Es wäre schön, wenn es mal klappen würde, aber ich bin da nicht guten Mutes. Der Gemeinderat will es nicht und die Fireko will es nicht. Aber ich möchte einen Zusatzantrag anfügen, das ist aussergewöhnlich, aber die Situation ist auch aussergewöhnlich. Der Gemeinderat möchte auf 58% bleiben. Er legt sich nicht eigentlich fest auf den 58% effektiv. Jetzt haben wir eine grosse Gefahr. Wenn der Landrat die Sparbemühungen nicht umsetzt, die mit dem Sparpaket gedacht sind, dann werden wir bei den Gemeindesteuern eine massive Steuererhöhung haben. Das wäre nicht im Sinne des Gemeinderates. Deshalb habe ich einen Zusatzantrag, wo ich wünsche, wenn der Kanton die Steuern erhöht, die Gemeindesteuer entsprechend gesenkt wird, damit wir auf dem Niveau sind, wo wir jetzt sind. Es kann nicht sein, dass der Kanton raufgeht, wir automatisch eine Steuererhöhung haben, weil wir bei 58% bleiben wollen. Die 58% sind ausgerichtet auf die normalen Einkommen.

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zuerst zur Abstimmung über das Budgetpostulat Steuersenkung von Herrn Studer.

**://:**

Das Budgetpostulat wird mit 20 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.



---

Wir kommen zum Zusatzantrag von Herrn Studer. Leider habe ich diesen schriftlichen Antrag verlegt, aber er ist bei mir eingegangen. Ich lese den Antrag nochmals vor:

Sollte die Kantonssteuer erhöht werden, so ist die Gemeindesteuer entsprechend zu senken, damit mehr Gemeindesteuern zu entrichten sind wie vor der Erhöhung der Kantonssteuer.

Also ein Ausgleich, falls die Steuern im Kanton erhöht werden.

**://:**

Der Zusatzantrag wird mit 17 zu 15 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Damit kommen wir zum Antrag 3 des Gemeinderates auf Seite 11 vom Voranschlag. Ich verzichte auf das Lesen des vollständigen Textes.

**://:**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag 4 des Gemeinderates:

Die Feuerwehersatzabgabe beträgt für natürliche Personen unverändert 6% der Gemeindesteuer.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

Wir unterbrechen die heutige Sitzung und fahren morgen um 18.00 Uhr mit Traktandum 3 weiter. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass es möglich ist, Fragen für die Fragenstunde morgen einzureichen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE